

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

232 (7.10.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE CARLSRUHE

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegzeilen 6 Pfennig, bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtentgeltung des Zeichens, bei geschäftlicher Betreibung und bei Anzeigen außer Kraft tritt ein Erschließungs- und Gerichtsgebühren in Karlsruhe 1. D. - 5. Schl. der Anzeigen-Anstalt 6 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbrüder, Die Ruhestunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,50 Mark o. Ofr. Jährlich 2,20 Mark o. Dfr. Durch die Post 2,60 Mark o. Ofr. Einzelheft 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2.30 Uhr in Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1. D. - 5. Schl. 28 o. Fernruf 1020 und 1021 o. Volkshaus-Bibliothek: Durlach, Hauptstr. 9. D. - Baden. Tagblattstr. 12. Rott. Rottstr. 2. Offenburg, Republikstr. 6

Nummer 232

Karlsruhe, Mittwoch, den 7. Oktober 1931

51. Jahrgang

Neues Kabinett Brüning

Gesamtdemission des Reichskabinetts - Brüning bildet sein zweites Kabinett - Vorwiegend auf das Vertrauen des Reichspräsidenten - Der Kurs der Nervosität Ein Sprung ins Ungewisse

Aus Berlin wird uns gedruckt:

Die Reichsregierung tritt am heutigen Mittwoch vormittag um 9 1/2 Uhr zur Erörterung der politischen Lage zusammen. Auf Vorschlag des Reichskanzlers dürfte das Kabinett nach kurzer Beratung seine Gesamtdemission beschließen. Nachmittags will der Reichspräsident dem Reichspräsidenten Bericht erstatten, der ihn sofort mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Die neue Regierung soll möglichst noch am Mittwoch gebildet werden.

Trotzdem ist es vorläufig noch sehr fraglich, ob es Brüning überhaupt gelingen wird, die Splittergruppen seiner bisherigen Koalition zufrieden zu stellen, ohne zugleich die weitere Mitarbeit der Sozialdemokratie aufs Spiel zu setzen. Als Brüning's Wunsch ist, daß er sein bisheriges Programm keineswegs preisgeben gedenke, aber persönliche Bedenken der Splittergruppen gegen einzelne Minister durch die Berufung neuer Mitarbeiter ausgleichen will. Nur zweifeln wir daran, daß die Volkspartei sich damit zufrieden geben wird. Ihr Führer Dingeldey hat bereits am Dienstag in vertraulichem Kreise unaufgefordert, jede Beteiligung an der gegenwärtigen Regierung Brüning ablehnt. Dasselbe Ziel ist die Reichsregierung mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen, und unter seiner Führung. Eine Rechtsregierung unter Hugenberg's Führung lehnt Dingeldey ebenfalls ab. Mit ihm wollen Wögel, Gilsa, Hugo und andere unter den ohnehin unangenehmen Umständen von Brüning los. Sie werden am kommenden Sonntag an den Beratungen der sogenannten „nationalen Opposition“ in Sarzburg teilnehmen und sich mit den Zielen und Absichten der Hugenberg- und Hitler'solidarisch erklären. Ob mehrere zur verarbeitenden Industrie zählende Reichstagsabgeordnete der Volkspartei, die dem Reichskanzler zu seinen neuen Bemühungen Erfolg wünschen, und ihm bereits ihre Unterstützung im Parlament auszusprechen haben, dem Reichspräsidenten Dingeldey's über nach Subvention lehrenden rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erfolgreich zu begegnen in der Lage sind, möchten wir zunächst noch sehr bezweifeln.

Vorläufig sehen wir jedenfalls noch nicht, wie der Reichskanzler für ein zweites Kabinett Brüning im Reichstag eine sichere Mehrheit erlangen wird. Noch steht die Zusammensetzung der neuen Regierung nicht fest. Außer mehreren Beamten sollen dem Kabinett möglichst Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben angehören. Wer diese Persönlichkeiten sind, ist zunächst das Geheimnis des Herrn Brüning. Auf Wirth wird er als Innenminister vorausichtlich nicht verzichten, obwohl das Zentrum an der neuen Regierung nicht so stark wie bisher beteiligt sein soll und insgesamt nur zwei Minister stellen möchte.

Aber was nützen Herrn Brüning die strengsten Geheimnisse und die schönsten Pläne, wenn er sein Ziel nicht erreicht?

Hinter den Kulissen

BRN. Berlin, 6. Okt. (Via. Meldung.) In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Umbildung des Reichskabinetts innerhalb der nächsten 24 Stunden, also bis Mittwoch abend, vollzogen sein wird. Nachdem die Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder beendet ist, hat der Kanzler heute nachmittags seine Bemühungen um die Kabinettsveränderung wieder aufgenommen. Es handelt sich dabei vor allem darum, ein paar hervorragende Männer zu gewinnen, die in dem neuen Kabinett das Reichswirtschafts- und das Reichsverkehrsministerium übernehmen. Bisher steht hierzu nur fest, daß Geheimrat Schmidt das Wirtschaftsministerium abgelehnt hat. Es gilt aber immer noch als möglich, daß er das Reichsverkehrsministerium übernimmt. Die Gerüchte, wonach auch mit Dr. Wögel verhandelt wird, werden von unterrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet. Für das Reichsinnenministerium denkt man an eine energiegeliche und tüchtige Persönlichkeit, die vielleicht dem höheren Beamtenstand entnommen werden könnte. Das Außenministerium wird nicht durch einen neuen Minister besetzt werden, vielmehr wird der Kanzler es selbst übernehmen. Ursprünglich war daran gedacht worden, Staatssekretär v. Bülow mit der Wahrnehmung der Geschäfte zu beauftragen, damit der Kanzler von den Geschäftserempfindungen und ähnlichen Aufgaben befreit wird. Diesen Plan hat man aber auch wieder fallen lassen, da Dr. Brüning die Verhandlungen mit den auswärtigen Missionen, z. B. die Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter über die schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, auch bisher schon in weitem Maße selbst wahrgenommen hat. Für das Justizministerium kommt in erster Linie der bisherige Staatssekretär des Ministeriums, Dr. Zoel, in Frage.

Es steht jetzt fest, daß das Gesamtkabinett am Mittwoch seine Demission vollzieht. Sie wird aber erst erfolgen, wenn die Verhandlungen des Kanzlers soweit abgeschlossen sind, daß das neue Kabinett gleich darauf vom Reichspräsidenten ernannt werden kann. Dieses zweite Kabinett Brüning hat nach Auffassung maßgebender Kreise vor allen Dingen zwei charakteristische Merkmale, einmal, daß die bisherige Außenpolitik fortgesetzt wird. Das zweite Moment ist die Bekräftigung des Vertrauens des Reichspräsidenten für Dr. Brüning. Der Reichspräsident hat damit die mannigfaltigen Rückschlüsse abgelehnt, die ihm von den verschiedensten Seiten erteilt worden sind, und erneut seine Zusammenarbeit mit Dr. Brüning dokumentiert.

In der Reichsregierung nobelstehenden Kreisen beurteilt man die parlamentarischen Aussichten des neuen Kabinetts dahin, daß die Sozialdemokratie zwar erklären wird, sie stehe dem neuen Kabinett mit einer größeren Skepsis gegenüber als der bisherigen Reichsregierung, daß sie aber doch zunächst abwarten, wie das neue Kabinett arbeite, und ihr erneut ihr Verantwortungsgesühl beweise.

Curtius von der eigenen Partei gestürzt

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, hat dem Reichskanzler unter dem 3. Oktober mit folgendem Schreiben um die Entlassung aus seinem Amt gebeten:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

In der Unterredung, die wir am Tage nach meiner Rückkehr aus Genf hatten, habe ich Ihnen erklärt, daß ich ohne Rücksicht auf die parlamentarische Lage aus der Reichsregierung ausscheiden möchte. In unseren Besprechungen blieb die Frage des Zeitpunktes und die Form offen. Ich hätte es nunmehr allseits für erforderlich, über mein Ausscheiden alsbald Klarheit zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, bei dem Herrn Reichspräsidenten meine Entlassung zu beantragen.

Mit ausgesetzelter Hochachtung Ihr sehr ergebener
ges. Curtius.“

Curtius geht als Opfer seiner eigenen Partei.

Bayerische Revolte oder bestellte Arbeit

München, 6. Okt. (Via. Draht.) Ueber die vertrauliche Sitzung der Reichsratsausschüsse, an der neben dem Reichskanzler und den Ministern Dietrich, Wirth, Stegerwald, der Reichsbankpräsident und die Ministerpräsidenten der Länder teilnahmen, gibt die amtliche bayerische Pressestelle einen Bericht, dem folgendes zu entnehmen ist:

An die Ausführungen des Kanzlers und des Reichsfinanzministers knüpfte sich eine lange Diskussion, in der die Ländervertreter ihre Bedenken gegen eine Reihe von Punkten der neuen Notverordnung geltend machten. Für Bayern verlangte Ministerpräsident Dr. Held eine andere Regelung der Zumeilungen der Wohlfahrts- und Arbeitslosenfürsorge, lehnte die Umgestaltung in der beabsichtigten Form ab und erhob Protest gegen die vorgesehene Regelung der Hauszinssteuer und des Sparkassenwesens. Er stellte in Aussicht, daß die Bestimmungen über diese beiden letzten Punkte in Bayern nicht durchgeführt würden, da es sich um verfassungswidrige Eingriffe in die Zuständigkeit der Länder handle. Schließlich stellte er die Frage, wie die Länder und Gemeinden an den Reparationsersparungen und an dem Müllgewinn beteiligt werden sollen und betonte zum Schluß, daß es unmöglich sei, in Bayern einen Staatshaushalt aufzustellen, wenn die Notverordnung in der vorgesehene Form durchgeführt werden müßte.

Ueber das Ergebnis der Konferenz enthält der Bericht keine Angabe. Es heißt darin nur, daß die ganze Sachbehandlung außerordentlich erschwert war, da der Wortlaut des Entwurfs der Notverordnung nicht vorlag und die Reichsregierung keine näheren Mitteilungen über seinen Inhalt gemacht habe.

Die neue Notverordnung unterzeichnet

BRN. Berlin, 6. Okt. (Via. Meld.) Wie wir erfahren, hat der Reichspräsident die Notverordnung gegen sechs Uhr abends unterzeichnet. Sie wird am Mittwoch veröffentlicht werden.

Der Vorstand der SPD-Fraktion sagt

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist in einer Sitzung am Donnerstag nachmittags einberufen worden. Der Inhalt dieser Sitzung liegt, wie das Nachrichtenbüro des SPD hört, in dem beabsichtigten Gesamttritt der Reichsregierung.

Brüning's Plötzlichkeiten

Von Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Eine Woche vor dem Zusammentritt des Reichstags werden wir mit der Nachricht von einer Umbildung des Kabinetts Brüning überrascht. Wir — das ist zunächst die Sozialdemokratie. Aber es ist außerordentlich wahrscheinlich, daß auch die übrigen Parteien, die bisher die Regierung gestützt und toleriert haben, vorher von den Absichten des Reichskanzlers nicht in Kenntnis gesetzt worden sind. Es war bisher immer nur die Rede von dem bevorstehenden Rücktritt des Außenministers — und auch diese Meldungen wurden dann gelegentlich wieder dementiert — aber erst am gestrigen Dienstag erfuhr man, daß außer Herrn Curtius auch Wirth und v. Guérard sich zurückziehen sollten, daß die beiden vakanten Ministerien, das der Justiz und das der Wirtschaft, wieder besetzt würden und daß außerdem der Staatssekretär Pänder und der Presseschef Zechlin ihre Plätze räumen müßten.

Sehen wir fürs Erste von der überraschenden Plötzlichkeit dieses Vorgehens ab und fragen wir uns nach dem tieferen Sinn, so liegt es auf der Hand, daß sich Brüning von zwei Beweggründen leiten läßt. Er will das Kabinett nach Möglichkeit entparlamentarisieren und zugleich die halbrechten Gruppen, die ihm bisher ihre Hilfe geliehen haben, bei der Stange halten. Gelingt es ihm, Personen zu finden, die außerhalb des Reichstags stehen, so lockert er die Beziehungen seiner Regierung zu den Parteien, er wird in seinen Entscheidungen unabhängiger oder glaubt wenigstens, es zu werden. Befördert er bisherige Staatssekretäre zu Ministern, so kann er damit rechnen, bei diesen Beamten im entsprechenden Maße auf weniger Widerstand und auf geringere Bedenken zu stoßen, als bei Leuten, die aus dem Parlament hervorgegangen sind.

Aber mehr bestimmend war zweifellos der Wunsch, die kleinen Gruppen rechts vom Zentrum zu beruhigen und zu befriedigen. Ihre Haltung war in den letzten Wochen mehr als unsicher geworden, und namentlich die Deutsche Volkspartei zeigte sich noch schwieriger als gewöhnlich. Man erinnert sich im übrigen daran, daß nach der Julitrippe Herr Dingeldey allenthalben zu verstehen gab, der Reichskanzler habe ihm die Umbildung des Kabinetts in sichere Aussicht gestellt. Ob das tatsächlich der Fall gewesen ist, läßt sich nicht nachprüfen. Jedenfalls aber wußte Herr Brüning um den Anspruch der Volkspartei und er bemüht sich jetzt, ihn zu erfüllen.

Ob es ihm freilich gelingen wird, ist einstweilen noch unsicher. Er versucht entsprechend den völksparteilichen Forderungen Männer der Wirtschaft, will sagen Vertreter des Unternehmertums, zu gewinnen. Aber es sieht nicht so aus, als ob die Angehörigen dieser Schicht sich nach einem mäßig bezahlten Posten in einem unsicheren Kabinett gerade drängen, und wenn der Reichskanzler dann schließlich in der Not dazu greifen würde, Herrn Dingeldey mit einem Portefeuille zu bedenken, und ihn etwa an die Stelle von Wirth zu setzen, so wird damit sicherlich nichts gewonnen, und der ursprünglich dem Umbau zugrunde liegende Plan wird schon stark verwässert, gar nicht zu reden davon, daß jedes der 30 Mitglieder der völksparteilichen Fraktion, Minister geworden, auf die sehr bald einsetzende Opposition der übrigen 29 gefaßt sein muß. Wir werden also abzuwarten haben, ob und wie diese Schwierigkeiten überwunden werden können.

Im übrigen erklären die amtlichen Stellen mit Eifer, daß die Umbildung des Kabinetts keine Rechtschwenkung bedeute. Das ist insofern richtig, als tatsächlich nicht an die Unterstützung der Hugenberg- und Hitlerleute appelliert wird, die ja auch heute schon das Festhalten an ihrer Opposition auch gegenüber der erneuerten Regierung Brüning proklamieren. Inbels, was heißt Rechtschwenkung? Tatsache ist und bleibt das Bestreben, den Regierungsparteien rechts vom Zentrum entgegenkommen zu zeigen, und damit wird — wir brüden uns vorzüglich aus — der Eindruck erweckt, daß der Schwerpunkt der Regierung innerhalb des bisherigen Rahmens weiter nach rechts hin verlegt werden soll. Wirth geht und Schiele bleibt. Die Ausschiffung von Curtius muß in diesem Augenblick als ein Zugeständnis an die Nationalisten aufgefaßt werden. Männer, deren sozialpolitische Einstellung zum mindesten sehr zweifelhaft ist, werden als Ministerkandidaten genannt. Daß unter solchen Umständen bei uns, den

Sozialdemokraten, starke Befürchtungen wach werden, wird niemand verwundern können.

Brünning spielt ein riskantes Spiel. Er versichert, nicht nach rechts gehen zu wollen, aber er berück- sichtigt bei der Bildung seines neuen Kabinetts die Wünsche seines bisherigen rechten Flügels und verzich- tet auf eine Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie. Er vertraut dabei auf deren Sachlichkeit. Und in der Tat geht es der Sozialdemokratie ja nicht so sehr um das Personelle als um die Politik, die getrieben wird. Aber die große Frage ist die, ob die Möglichkeit besteht, ob nicht die personelle Neuorientierung des Kabinetts ganz naturgemäß seine politische Linie so ändern muß, daß ein weiteres Tolerieren durch die Sozialdemokratie unmöglich wird. Das werden wir in der nächsten Zeit mit größter Sorgfalt zu prüfen haben, und wenn diese Prüfung mit einem stärkeren Mißtrauen vorgenommen wird, so kann das der Reichskanzler auch dem Umstand zuschreiben, daß er es nicht für nötig gehalten hat, die Partei, von der doch schließlich im hohen Maße seine Existenz abhängt, über seinen Plan ins Bild zu setzen.

Einstweilen jedenfalls hat der plötzliche Entschluß Brünnings seine Aussichten nicht verbessert, sondern verschlechtert, und es könnte sehr wohl sein, daß sich nach wenigen Wochen die Mühe, die er sich mit der Umbildung des Kabinetts gemacht hat, als überflüssig und vergeblich herausstellt.

Brünning vor den Ländervertretern

Berlin, 6. Okt. (Eig. Draht.) Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand am Dienstag in der Reichskanzlei eine Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats statt, zu der die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder in der Mehrzahl erschienen waren.

Der Reichskanzler erstattete zu Beginn der Sitzung einen eingehenden Bericht über die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, wobei er sich insbesondere mit den aus der Krise des englischen Pfundes zu erwartenden Rückwirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und auf die deutsche Wirtschaft auseinandersetzte. Da sich diese Auswirkungen in vollem Umfang noch nicht übersehen ließen, so mühten sich die gegenseitigen Maßnahmen auf eine Vornahme von Eingriffen beschränken, welche die Behebung der dringenden Notstände, besonders in den Gemeinden, ermöglichen. Die auf dieser Grundlage beruhende Notverordnung würde den Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen zu bilden haben, die sich mit der Konsolidierung der Wirtschaft, der Ausbalanzierung der Produktionskosten und der Lebenshaltungskosten zu befassen haben würde. Aber alle diese sofort in Angriff zu nehmenden wirtschaftlichen Maßnahmen könne kein Land, auch Deutschland nicht, für sich allein reiflos lösen, nur eine internationale Zusammenarbeit, und zwar eine solche, die in kürzester Zeit in Angriff genommen werden müßte, könne eine Besserung in den einzelnen Ländern und in der gesamten Weltwirtschaft mit sich bringen.

Im Anschluß an diese prozessmäßigen Erklärungen des Reichskanzlers erläuterte der Reichsfinanzminister Dietrich die in der Notverordnung vorgezeichneten Fragen. In diese Ausführungen schloß sich eine eingehende Diskussion, an der sich zahlreiche Mitglieder der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats und der Reichsbankpräsident beteiligten. In einem Schlußwort faßte der Reichskanzler die in der Aussprache erörterten Gedanken zusammen.

Im Verlauf seiner Rede kündigte der Reichskanzler u. a. noch an, daß die Reichsregierung vom Reichstag eine Ermächtigung zu Verlängerung des Etatsjahres über den 31. März hinaus bis zum 1. Juli fordern werde, daß die große internationale Finanzkonferenz wahrscheinlich Anfangs Dezember stattfinden wird, und die Regierung nunmehr auf die „schlaarartige“ Herabsetzung der Preise bestehen werde. Eine Inflation lehne die Regierung entschieden ab. Ihr Ziel sei, die Wirtschaft zu beleben. Dazu beizutragen, sei eine Konsolidierung der Arbeiter und Arbeitnehmer berufen, die in den nächsten Tagen stattfinden werde.

Eine Partei Hitler-Hugenberg

Gemeinsame Fraktionsführungen

Berlin, 7. Okt. (Funkdienst). Die Freundschaft zwischen Hitler und Hugenberg geht bereits soweit, daß am kommenden Sonntag in Hatzburg eine gemeinsame Sitzung der deutschnationalen und nationalsozialistischen Fraktionen des Reichstags und des preussischen Landtages, des Reichs- und Staatsrates stattfindet. In unterrichteten Kreisen betrachtet man diese Sitzung als den Vorläufer einer baldigen Verschmelzung zwischen der Hitler- und Hugenbergpartei. Hitler befindet sich seit einigen Tagen in Besprechungen mit Hugenberg und anderen Nationalisten wieder einmal in Berlin. In seiner Begleitung befindet sich der Herr, der anders ist als die anderen, Hauptmann Ribb.

Hoovers Pläne

Washington, 6. Okt. Im Weißen Hause wird heute Abend Hoover mit den führenden Mitgliedern beider Parteien über die Maßnahmen zur Behebung der durch die europäische Finanzkrise geschaffenen Krise beraten. Mag hat sogar Armeeflugzeuge ausgesandt, um die entfernteren wohnenden Abgeordneten und Senatoren rechtzeitig zur Konferenz zu bringen.

Washington, 7. Okt. (Funkdienst). Der amerikanische Staatspräsident Hoover erklärte in einer Presskonferenz: Die geplante Abendkonferenz wird hauptsächlich inneramerikanische Angelegenheiten behandeln, obwohl diese Angelegenheiten natürlich durch die wirtschaftlichen Zustände in Europa mit hervorgerufen und mit beeinflusst sind. Immerhin warne ich eindringlich vor jeder Spekulation oder Kombination hinsichtlich des Ausgangs dieser wichtigen Besprechung.

Im Vorberand der alsdann begonnenen Beratungen stand die prekäre Kreditlage auf dem amerikanischen Markt. In diesem Zusammenhang wurden die Investitionen des amerikanischen Privatkapitals in Deutschland, über deren Übernahme durch die Bundesbanken seit längerer Zeit zwischen Regierung und Finanziers verhandelt wird, erörtert. Was im einzelnen beschlossen wurde, steht zur Zeit, 5 Uhr morgens, noch nicht fest. Zu erwarten ist jedoch, daß weder in der Abklärung noch in der Moratoriumsfrage vor Dezember eine bestimmte Aktion zu erwarten ist.

19 amerikanische Banken einen Tag geschlossen

Die Franklin-Trust-Comp. in Philadelphia, die vier Zweigstellen unterhält und über Anlagen in Höhe von 22 Millionen Dollar verfügt, hat ihre Schalter für die Dauer eines Tages geschlossen. 18 andere Banken, die Mehrzahl davon in Pennsylvania und West-Virginien und die anderen im Mittelwesten, haben die gleiche Maßnahme getroffen.

Die englischen Neuwahlen

Am 27. Oktober Wahltermin

London, 6. Okt. (Eig. Draht). Das englische Parlament wird am Mittwoch aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 27. Oktober statt. Als Ramsfay wird die Regierung gegenüber der Wählerschaft die nationale Einigkeit proklamieren.

Das einzige Kontext, über das sich die in der Regierung vereinigten Parteien verständigen konnten, ist die Forderung: Freie Hand für Macdonald.

In Wirklichkeit aber werden die Konservativen die Politik der „nationalen“ Regierung bestimmen, wenn sie bei den Wahlen die erwartete Mehrheit erlangen.

Macdonald wird sich in Seabam, seinem alten Wahlkreis als Parlamentsmitglied aufstellen lassen.

Die liberale Gruppe um Sir John Simon hat sich bereits zu einer Nationalliberalen Partei zusammengeschlossen. Damit ist der Bruch der Liberalen besiegelt und der Anfang zu einer Organisation geschaffen worden, die bei der Wahl die konservative Parteiorganisation ergänzen kann.

Die Labour-Partei wird die Parlamentskandidaten der Unabhängigen Gruppe in Zukunft nur unterstützen, wenn diese sich der Parteidisziplin unterwerfen, d. h. wenn sie sich bereit erklären, ihre Stimme im Sinne der Mehrheitsbeschlüsse der Fraktion auszusprechen oder aber sich der Stimme zu enthalten.

Das Gesetz gegen Lebensmittelwucher im Unterhaus angenommen

London, 6. Okt. Der Gesetzesentwurf gegen Lebensmittelwucher wurde heute in dritter Lesung vom Unterhaus angenommen.

Englands Außenminister in Paris

Paris, 6. Okt. (Eig. Draht). Der englische Außenminister Lord Reading hat am Dienstag nachmittag in Begleitung seines Kabinettschefs Selby, des Finanzkontrollieurs Sir Frederick Leith Ross und des Direktors der westeuropäischen Abteilung des Foreign Office, bei seinem heutigen Antrittsbesuch in Paris den Vertreter Briand's auf dem Bahnhof begrüßt und begab sich zugleich zu der englischen Botschaft, wo er während seines Pariser Aufenthaltes wohnt. Die politischen Besprechungen beginnen am Mittwoch.

Unerhörter Unternehmerstarrsinn

„Reichsminister Stegerwald“ über aktuelle Fragen

Im Verlauf einer Ausschusssitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes führte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald zu den aktuellen politischen Fragen u. a. folgendes aus:

„Wenn die Reichsregierung von dem Reichstag gestützt wird, dann wären die Folgen nicht abzusehen. Wahrscheinlich würde dann das mühsam aufrecht erhaltene Gebäude unserer Volkswirtschaft erneut ins Wanken geraten und ob es dann möglich sei, eine Inflation zu verhindern, sei sehr zweifelhaft. Immerhin müßte versucht werden, eine Reihe von Ueberbinnungen auf verschiedenen Gebieten zu beseitigen. Auch die Sozialversicherung würde noch Veränderungen über sich ergehen lassen müssen. Ihr seien eine Reihe Vorschläge aufgeführt worden, die unter den Begriff der Fürsorge fallen, und mit der Berücksichtigung nichts zu tun hätten. Sehr pessimistisch äußerte sich Stegerwald über die Finanzlage der Unfallversicherung.“

Ausdrücklich sprach Stegerwald über die Lohn- und Gehaltsfrage. Es sei ganz ausgeschlossen, daß er in einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit und der Währungsnotlage mit staatlichen Mitteln allein die Löhne hochhalten könne. Mit der Verbindlichkeit und allgemeinen Verbindlichkeitsklärung der Schiedsrichter sei nur wenig anzufangen, wenn, wie z. B. im Baugewerbe, 80 Prozent aller Berufsangehörigen arbeitslos sind. Selbstverständlich werde er zu seinem Versprechen, daß weder an der Handhabung des Tarifvertrags noch an der Anerkennung der Gewerkschaften gerüttelt werde.

Es sei angesichts des furchtbaren Ernstes der gegenwärtigen Lage eigentlich dringender notwendig, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich selbst verantwortlich über die schwierigsten Fragen einigten. Auf kurze hin erklärte der Minister, er wisse, daß bei vielen Arbeitgebern augenblicklich jeder Einigungsversuch fehle, vor allem seien die maßgebenden Leute der rheinisch-westfälischen Sägewerksindustrie von einer geradezu unerhörten Starrheit. Nachdem der Minister noch einige Angaben über die Finanzlage und über die Frage der Hausinspektoren machte, schloß er mit der Wendung, daß Deutschland furchtbar arm geworden sei und wieder ein billiges Land werden müsse.“

Keine österreichischen Postanweisungen nach dem Ausland

Wien, 6. Okt. Die Postdirektion erklärte heute vor- mittag die Einstellung des Postanweisungswesens bis auf weiteres nach dem gesamten Auslande, nachdem gestern bereits eine teilweise Sperreung des Postanweisungswesens erfolgt war. Grund der Maßnahme ist die Beobachtung, daß infolge Kursdifferenz ausländischer Währungen bei der amtlichen Umrechnung und im freien Handel mittels Postanweisungswesens Spekulationen eintraten.

„Die junge Garde“ flunkert

Die Junge Garde ist das Organ des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und erscheint jeden Mittwoch und Sonntag. Dem Kopf der Jungen Garde vom Sonntag, 20. September, entnehmen wir, daß die Zeitung im Jahre 1906 gegründet wurde und im 15. Jahrgang erscheint. Diese beiden Angaben sind charakteristisch für die ganze Zeitung und genau so auf bewusste Fälschung der Leser eingestellt, wie der Inhalt der ganzen Zeitung.

1906 gründete Ludw. Frank, der Führer der süddeutschen Arbeiterjugend, die Junge Garde und gab sie in Mannheim heraus. Das Ziel der Zeitung war: die Erziehung der Jungarbeiter zu aufrechten und bewussten Sozialdemokraten, Bekämpfung des Militarismus, Erkämpfung eines umfangreichen Jugendschutzes und Rechtes.

Diese Zeitung der süddeutschen Arbeiterjugend, die sich durch ihre aktive Arbeit, ihre angereicherliche Schärfe, durch ihren unerschütterlichen Mut, vor allem aber durch ihre absolute Zuverlässigkeit des benutzten Materials auszeichnete und sich einen Namen machte, vereinigte sich beim Zusammenschluß der süddeutschen und norddeutschen Arbeiterjugend mit der Zeitung des norddeutschen Verbandes zur Arbeiterjugend, die auch heute noch das Organ des sozialistischen Jugendverbandes ist.

Die Junge Garde des KPD hat nicht das Recht, sich als Nachfolgerin dieser Jungen Garde anzusehen und sie würde auf tun, die Nummer ihres Jahrgangs und das Jahr ihrer Gründung entsprechend zu berichtigen.

Nicht nur politisch, sondern auch bei Betrachtung des Inhalts der Zeitung, muß man ihr die berechtigte Nachfolge absprechen: An Stelle der klaren geistigen Linie unseres alten Organs ist ein absolutes Nichts getreten. Geistige Schulungsarbeit wird in und durch die Junge Garde nicht geleistet. Die Schärfe im Angriff ist einer kleinsten Gehässigkeit und einer verbißenen Debe gewichen. Und die Zuverlässigkeit des Materials? Na, bei dem soeben Vor- ausgeschickten ist klar, daß sie überhaupt nicht vorhanden ist, daß Gewissen- und Verantwortungslosigkeit die kleinsten Blüten in dem jeweils 6 Seiten umfassenden Blatte treiben.

Selbstverständlich hat die Zeitung auch ein Ziel. Ihr Kampf, ihr Angriff, ihre Debe, ihr Geifer und ihre armelose Mut gilt der sozialistischen Arbeiterjugend und der sozialdemokratischen Partei, also unserer Bewegung und unsern Führern.

Die Zertrümmerung, die „Liquidierung“ der SAJ, ist also ihr Ziel. Das es ein unerreichtbares ist und bleiben soll, zeigen die Erfolge der SAJ, gerade im Bezirk Baden und wird in Zukunft noch eindeutiger zutage treten.

Die geistigen Anforderungen, die die Junge Garde an ihre Leser stellt, sind direkt minimal. Wenn man z. B. in der oben genannten Nummer einen SAJ-Genossen, den man als Lescher bezeichnet, über die heutige Zeit klagend hört: „Nicht mal mehr auf Fahrt kann man gehen und wir wollten gerade am Sonntag einen neuen Volkstanz einüben und dann über die „Aufklärung der Großstadtkindern“ diskutieren“, beweist man eine absolute Unkenntnis der SAJ, und ihrer Arbeit. Gerade die Vorbereitungen zur Winterarbeit, die sowohl der Bezirksvorstand als auch von den Ortsvereinsleitungen getroffen sind, zeigen, daß die SAJ, die politische Arbeit und die Diskussion der politischen und wirtschaftlichen Tagesereignisse in den Vordergrund stellt. Und wollte man die in den vergangenen Jahren geleistete wissenschaftliche Schulungsarbeit neben die des badischen KJ stellen, könnte letztere verdammt leicht dabei wegstommen.

In gleicher Nummer könnte man den ersten Abschnitt des ersten Artikels überschreiben: Völkergewißheit zurechtfinden — sehr gut — Rechnen — schmal! Man spricht vom Matrosenstreik in England, erzählt, daß die Matrosen auf die 2-Prozentige Lohnkürzung mit Gehobensverweigerung antworteten und fährt dann fort: Ihr Tageslohn von 5,25 £ soll um 95 Pf. (20 Prozent) gekürzt werden. Während den Kantinen z. B. nur 1,80 £ (10 Prozent) von 37,20 £ Tagesgehalt gekürzt werden soll. Daß die Junge Garde von 2-Prozentiger Kürzung spricht, ist ihre Sache, daß sie (wir haben ihre Angaben über Sold und Abzug als richtig zu Grunde gelegt) den 18-prozentigen Abzug der Matrosen zu einem 10-prozentigen Abzug bei Kapitänen spricht, da es doch nur 4,8 Prozent sind, ist nicht zu verstehen. Entweder ist die Kenntnis der Dinge in England nicht weit her, oder man glaubt so eher zu einem englischen Schwinger zu kommen.

Im gleichen Artikel lautet das Ende eines Satzes: „— denn auch in Deutschland wird den Schubobeamten auf dem Wege der Notverordnung ihr Gehalt gekürzt.“ Das Fragezeichen dahinter deutet scheinbar an, daß die Redaktion der Jungen Garde die Angabe selbst nicht glaubt, daß sie von ihrer Unrichtigkeit weiß.

In gleicher Nummer fordert ein Artikel die Schaffung der Einheitsfront der Jugend und schlägt vor, unter den Fahnen des KPD, der unaufhaltsam vorwärts schreite (wer laßt da in Baden nicht) zu marschieren. Der ganze Artikel wäre nicht der Rede wert, wenn nicht ganz klar ausgedrückt wäre, daß die KJ, unter der Führung der KPD, steht und arbeitet. Wiser wollte man stets die SAJ-Genossen an eine eigene Zielformung und Selbsterhaltung der KPD, glauben lassen.

Von unerhöhtem Mute ist in der Redaktion der Jungen Garde auch nichts zu spüren. Wir sprechen nicht als Feinde an, wenn sich die Redaktion durch geschickt geleitete Fragezeichen juristisch vor Verböten schützt, aber es mutlos und feige müssen wir an- sehen, wenn behauptet wird, in Rußland gibt es keine Arbeitslosen mehr, statt zu zeigen, wie es tatsächlich in Rußland ist und welche Schwierigkeiten und Konflikte dieses Kleinreich und seine Entwicklung bedrohen. Als mutlos und feige muß angeprochen werden, wenn immer wieder festgestellt wird, falls SPD, und KP, zusammenhalten, sind die Notverordnungen erledigt, wenn man — bar jeder marxistischen Auffassung und Anschauung — die Not weiter kreise auf einige Notverordnungen zurückführt. Wo ist euer Mut, der auch laßt, daß in der Krise die wirtschaftliche Abwehrkraft des Proletariats vermindert ist, wo der Mut, der feststellt, daß die Verhinderung des Faschismus eine Grötkat des Proletariats ist; wo der Mut der in Zeiten der Krise und schwersten Not die Grenzen unserer Macht auch der Masse aufzeigt? In den Spalten der Jungen Garde ist nichts davon zu sehen und zu hören. Sie berichtet von Massenflucht in die KPD, von Erfolgen des KPD, sie bildet zerrissene Mitteilungsblätter der SAJ, ab als Beweis für die Massenübertritt und zählt dann, es ist nicht zu glauben — fünf Leute namentlich auf, die in fünf verschiedenen Städten aus der SAJ, aus dem BvD, und sonstigen Organisations- netzen übergetreten seien.

Man stüt über der Jungen Garde, liest sie und streicht alle zweifelhaften Stellen und solche, die offensichtlich flunkert sind, rot an, und schließt am Schluß den Kopf.

Sie flunkert — sie flunkert.

Vr.

Die russische Suggestion

Der Sowjetische Regieapparat und seine Opfer
Von Leo Friedmann

Die russische Grenze. Der Zug fährt langsam in die Sowjetunion ein.
An den Grenzsäulen rote Kieselsteinen mit deutscher Aufschrift: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Eine Musikfahne spielt die Internationale. Der Komjomoel (kommunistischer Jugendverband) und die Betriebsdelegation des Gouvernements bereiten uns einen begeisterten Empfang. Die deutsche Arbeiterdelegation wird begrüßt: Genossen! Die russischen Bauern und Arbeiter haben 1917 unter Führung Lenins die Macht erobert. Sie haben die Kapitalisten und Großgrundbesitzer samt ihren sozialverräterischen Helfershelfern zum Teufel gejagt. Macht es uns nach, deutsche Genossen! Ein deutscher Arbeiter antwortet: Wir versprechen den russischen Führern, nach unserer Rückkehr mit aller Kraft an der Errichtung Sowjetdeutschlands zu arbeiten. Es lebe der Arbeiter- und Bauernbund aller Länder!

Wer dies sagt, ist oft ein müderer, durch die Schule des deutschen Sozialismus geangener Arbeiter. Mit der Ueberlieferung der russischen Grenze ist er in seinen schweren inneren Kampf eingetreten; soll er seine kritische Einsicht anwenden — oder soll er sich den neuen Eindrücken hemmungslos hingeben? Soll er sich in dem um ihn herum erzeugten Kauzelschleier hineinverstricken lassen — oder soll er den geistigen Traditionen seiner sozialistischen Erziehung folgen, die ihn gelehrt haben, zwischen Phantasie und Wirklichkeit scharf zu unterscheiden? Durch zwei Faktoren wird die Widerstandskraft des ausländischen Sozialisten allmählich ausgehöhlt: durch die beispiellose Regie des Sowjetapparates und durch den fortwährenden, jugendlichen Kibitzismus, den das russische Volk auf das gesellschaftliche Leben ausstrahlt. Wollig kann sich kein lebendiger Mensch diesem mächtigen Bann entziehen. Und es wäre eine allzu vereinfachte und falsche Vorstellung, wollte man die intensiven Ausstrahlungen des russischen Volkes auf das gesamte russische Leben ausschließlich auf das Konto der Regie setzen. Vielmehr ist dies Regie — selbst ein Teil dieser eigenartigen Volkssphäre. In diesem hochbegabten, schwer zu ergründenden Bauernvolk ist eine unerhörte Phantasie lebendig, die allen Dingen ihre Erdenstare nimmt, und sie in ein Wundertraumland hinaufführt. Daraus erklärt sich auch die übernatürliche Opferbereitschaft und die Fähigkeit, Not und Entbehrung in für uns unbekanntem Ausmaß zu ertragen. Die Regie hat hier nur die Funktion, die phantastisch-künsterlichen Energien der Volksmassen zu entfesseln und sie auf ein bestimmtes Ziel zu lenken. Wenn der Sowjetregime trotz der wachsenden Enttäuschung und Mißstimmung in der Bevölkerung eines gelungen ist, so doch der Versuch, die Interessen des Volkes immer wieder von den konkreten Dingen der Wirklichkeit abzulernen und sie irgend einer Zukunftsidee zu weihen. Immer wieder dieser begeisterte Anlauf auf ein illusionäres Zukunftsvorhaben, um desto williger man die Gegenwart außer Acht läßt. Je mehr sich aber das Denken und die Phantasie der Gegenwart entfremden, desto geringer wird die Aussicht, die Zukunft von den wirklichen Verhältnissen her zu untermauern, desto mehr steht das Zukunftsideal im luftleeren Raum.

Aber die schier grenzenlose Zukunftsläufigkeit breiter Massen, die dem Volksthemus vielleicht feindselig gesinnt sind, aber von der Erregung des Augenblicks mitgerissen werden, greift mächtig auf den deutschen Arbeiterdelegierten über. In der Nachbarschaft von der Grenze nach Moskau wiederholt sich das Begrüßungsritual. Dunkle Menschenmassen an den Stationen, die Gestirter ausfallend abgehört. Aber die Szene der Verbrüderung mit den ausländischen Arbeitern schneidet die Illusionsorgane momentan fort.

Wie einfach stellt sich die Problematik der Weltrevolution in diesem Lande dar! Die sechsjährigen haben nicht viel anderes darüber auszusagen wie die sechsmonatigen. Ob man eine Rundgebung der Pioniere (Kinderorganisation), des Komjomoel oder der Partei besucht: überall ein kindliches Staunen darüber, daß die deutschen Arbeiter es den russischen nicht „nachgemacht“ haben. Und dies trotz der täglichen Siegesnachrichten über die kommunistische Bewegung in allen Ländern? Wer trägt die Schuld an dieser widerprüchlichen Entwicklung? Natürlich nur die Sozialdemokraten, die „Kaffen der Bourgeoisie“ in der kapitalistischen Welt. Die Madonabild, Stumm, Wels betrügen die Arbeitermassen, so lautet die Generalthese, die in tausendfachen Abwandlungen durch Karikatur, Kabarett, Radio, Kino und Rede den Massen eingeschmeichelt wird. Vergessen sind die aus dem geschichtlichen Ringen der Klassen herausgewachsenen Lehren von den Beziehungen zwischen proletarischem Volk und objektiver Bewusstheit des Klassenkampfes. Die kämpferische, marxistische Tradition — das teuerste Erbe der russischen Bewegung für das internationale Proletariat — ist in die Massen und Kibitzler verbannt. In diesen Remonierinstituten, die ein für sich abgeschlossenes Sonderdasein führen, findet sogar Kautsky noch einen Platz.

Die Abhängigkeit von der marxistischen Tradition und ihre Unfähigkeit in ein bildhaft-primitives Geschichtsbild, gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Sowjetregie. Auf der jugendlichen Einprägsamkeit dieses bildhaft-unmittelbaren Entwicklungsschemas beruht die geistige Macht des Systems, gerade daraus sieht es auch seine Sympathien aus breiten Arbeiterkreisen des Auslandes. Die Bestrebungen der Regie sind auch für den Arbeiterdelegierten sichtbar darauf ausgerichtet, ihn diesem Denkschematismus anzupassen.

Mit einer unbeschreiblichen psychologischen Routine wird der Geisteszustand des ausländischen Sozialisten eingeeignet. Keinerlich ist er frei. In Wirklichkeit aber ist ein fester Ring um ihn geschmiedet. Ein gekaufter Kreis von hochgewichtigen Funktionären umlagert ihn. Die Umlagerung ist psychisch stärker als körperlich zu wirken. (In der Delegation, der ich angehörte, wurde ein besonders eifriger Ueberwacher auf unsere Beweise anstandslos zurückgezogen, dafür die unsichtbare Ueberwachung desto schärfer durchgeföhrt. Ich beobachtete eine damals noch jugendliche Arbeiterbildungsorganisation zu besuchen. Nach vielen Quartierbesuchen gelang es den Bolschewisten, mich schließlich von den Funktionären der Organisation abholen zu lassen. Dadurch hatte man sich die Kontrolle gesichert. Einige Wochen später war die Organisation auch tatsächlich verboten und ihre Funktionäre hinter Schloß und Riegel.)

Es gehört viel kritische Energie und ein besonders ausgeprägtes Gefühl für persönliche Freiheit dazu, den Druck zu empfinden, der dort auf den Ausländer ausgeübt wird. Noch schwerer ist es, sich diesem Druck für eine bestimmte Zeit demütig zu unterwerfen. Dies wird ganz deutlich bei den Tausenden von Betriebsbesichtigungen, denen sich die Delegierten unterziehen. Sobald man den Betrieb betritt, tritt die Begleitmannschaft der Delegation in den Hintergrund und man ist von einer Schaar von Arbeitern umgeben. Es handelt sich um die schreibenden, freigelegten Betriebsfunktionäre, an ihrer Spitze als besonderes Paradegehör der „rote Direktor“. Die ausgebildeten Selbstverwaltungskörperchaften im russischen Betrieb sind deshalb besonders imponant, weil sie die revolutionäre

Freistaat Baden

Kummel ums bunte Tuch

Röhm — Jagow — Lubin

Man schreibt uns:
Der Tam-Tam, den die Nazis in der letzten Woche in Karlsruhe veranstalteten, hat wieder einmal gezeigt, wie leicht gewisse Bevölkerungsteile auf jede Nahe hereinfallen. Das Bürgertum offenbarte bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß es aus den harten Lehren der Kriegsjahre nichts gelernt hat, und die Schicht der höheren Führer gab wieder einmal Kenntnis davon, daß das bunte Tuch, auch wenn es nur in nationalsozialistischer Monotonie erstrahlt, immer noch seine Wirkung auszuüben vermag. Es verlohnt sich daher einmal aus der Reihe der großen Korruptionen, welche in der nationalsozialistischen Revue letzte Woche in Karlsruhe geboten wurden, ein paar Namen herauszugreifen, um daraus ein Charakterbild der Nationalsozialisten zu entnehmen. So sprachen letzte Woche:

Stabschef Ernst Röhm,
Gruppenführer von Jagow,
Oberführer Lubin.

Diese drei Namen verfinstlichen drastisch den Charakter der Nationalsozialisten: Ernst Röhm, der ehemalige Offizier, der nach dem mißglückten Münchener Putsch als Landsknecht in südamerikanischen Republiken sich betätigte, um dann, nachdem er dort abgehalftert wurde, in Deutschland staatsgefährliche Zerkleinerungsarbeit bei den Nationalsozialisten zu treiben; Lubin, der von den Nationalsozialisten zu einer militärischen Größe aufgepumpt wurde, derweil sein ehemaliger, zu den Kommunisten übergegangener Leutnantskamerad Scheringer sich bemüht, das Reich zu verlassen, und als Geener des Aufstiegs der Arbeiterklasse bekannt war.

So sehen die Leute aus, welche als Nationalsozialisten dem deutschen Volk ein „drittes Reich“ bringen wollen. Wie dieses dritte Reich aussehen würde, kann man diesen Namen entnehmen. Man sollte es nicht für möglich halten, wie sich weite Kreise des deutschen Bürgertums durch eine alles dahergewogene überbietende Nahe und Hebe dazu verführen lassen, jenen Kreisen in den Sattel zu helfen, die nur ein Ziel kennen: Zerschlagung und Vernichtung der deutschen Volkswirtschaft, um das einst herrschende preußische Junkertum wieder in den Sattel zu setzen. Wahrlich, hier ist es am Platze, zu rufen: Deutschland erwache!

Räteradition verkörpert. Und sie haben in der Tat noch in der Zeit des Kriegskommunismus ihre Bedeutung gehabt, als die Arbeiter vielfach der Planlosigkeit des Regimes ihre eigene Initiative gegenüberstellten und die Betriebe vielfach selbständig zu reorganisieren begannen. Heute aber, in der Zeit des „sozialistischen Wettbewerbs“, d. h. der unbeschulden Ueberfunden und hegenden Revolte, haben diese Körperchaften eine grundlegende Funktionswandlung durchgemacht. Sie sind ein, dem Betriebsleben als selbständig übergeordnetes Organ mit diktorischen Vollmachten geworden. Traust und Planwirtschaftskommissionen in Gemeinschaft mit den Organen der staatlichen Zwangsverwaltung vollziehen die Anstöße der oberen Funktionskreise. Die öffentlichen Wahlen im Betrieb sind eine glatte Farce.

Die Wirklichkeit des Sowjetbetriebs bleibt hinter einer Kulisse verborgen. Die hierarchische Betriebsbürokratie verdeckt die entscheidenden sozialen Aufgaben. Man sieht eine Reihe „Erzungen“, die zweifellos hoch zu bewerten sind, die aber in ihrer sozialen Bedeutung unserem Volksgemeinschaftsideal nicht entsprechen. Die Bürokratie ist den Arbeitermassen entfremdet. Der mehrmals wiederholte hochgewichtige Sturm auf die vorteillose Teile der Belegschaft ist mißlungen. Es ist lediglich ein jugendlicher Sektor, der noch positiv im Betrieb verankert ist und mit Stolz seine geschmackvoll hergerichteten Lenin-Eden, Wandzeichnungen, Klubs usw. zeigt.

Wer sich genügend kritische Durchsicht bewahrt und immer wieder verurteilt, über den engagierten Rahmen der Betriebshierarchie hinausschaut, wird auch im Betrieb wie überall auf oppositionelle Elemente stoßen. Und hier macht der deutsche Sozialist die bittersten Erfahrungen seiner Russlandreise. Wo man auch auf Reagenen des Proletates stoßen mag, überall erschöpft er sich in flehlicher Rästel und Resignation. Nachdem man die marxistische Arbeiteropposition ohnehin vernichtet hat, fehlt die bewegende Kraft, die dem gesellschaftlichen Leben erst seine Antriebe und sozialen Zielsetzungen geben könnte. Bürokratische Schriftleiter haben oft von der „Kollektivierung“ des russischen Lebens geredet. Aber diese Tapferung und Kalernierung des Lebensprozesses ist nur der andere Ausbruch für den ökonomischen Leerlauf, für die amerikanisierende Entfremdung der menschlichen Produktion, für den Zahlenmystos, der das Leben durchsetzt und all die bewundernswerten körperlichen Energien dieses bewundernswerten Volkes in Leere stoßen läßt. Und die Rebrichte dieser „Kollektivierung“ ist eben jener nörrende Kleinbürgerliche Gaioismus, dieser Rückzug des dem solidarischen Kampf entfremdeten Proletariats auf eine individualistische Position.

Wer hat diesen Zustand, diese Erfahrungen, die wir an dem privilegierten Teil der russischen Bevölkerung, am Industrieproletariat, machen mußten, an anderen Lebensprovinzen zu erhärten. Wir besuchten ein Dorf, das noch die typischen sozialen Schichtungen vor der Zwangskollektivierungstampanne aufwies: Landarbeiter (ohne jedes Eigentum), Kleinbauern (mit einem Hof) auch „Kulak“ (plus 2 Kühen). Man führt uns in eine Dorfoberleitung. Dort beginnen die sozialen Interessensbeziehungen aufzubrechen. Eine öffentliche Abstimmung (besser: offene Drohung) bricht die Sache einfach ab.

Ein Massenansturm in Tiflis. Insanen: Aufständische aus einer georgischen Provinz. Ein Saal mit etwa 30 Gefangenen, die dort schlafen und sich darin ständig aufhalten. Eine nervöse Erregung, die irgendwo losbricht, ist das Signal zu einer kleinen Rebellion. Aber welche ein trostloses Bild bietet sich dar! Ein Pope betet, ein Halbverrückter deklamiert auf einem Stuhl Gedichte, andere schreiben usw. Das Ganze verpufft ohne jeden Sinn.

Es ist der Fluch dieser Diktatur, daß der Terror ihr zwangsläufig, unheilvolles Ergebnis sein muß. Selbst das Gute, was sie schafft, selbst der Heroismus, den sie auslöst — es wird zum toten Geleth, weil die Menschen davon nicht innerlich erfaßt werden. Der Sozialismus aber ist ein Zustand, dessen Wirkungen sich in den lebendigen Menschen widerspiegeln müssen.

Sind wir „Antibolschewisten“? Nein, wir sind es nicht, auch wenn wir uns unser Urteil nicht von den bürgerlichen Lobrednern des Sowjetregimes vor schreiben lassen. Karl Marx hat uns gelehrt, das Welen vom Schein auseinander zu halten. Wir sehen die ungeheuren Kräfte des russischen Proletariats am Werk und wir warten auf den Tag, an dem sie ihre volle sozialistische, sozialdemokratische Verwirklichung sich erkämpfen werden.

Badens Vertretung im Reichsrat

WTB Karlsruhe, 6. Okt. Infolge des Ausscheidens des Gefandten Donold ist Ministerialdirektor Dr. Fecht in Berlin zum stimmführenden Bevollmächtigten im Reichsrat und der bei der badischen Vertretung in Berlin beschäftigte Oberregierungsrat Dr. Sauer zum stellvertretenden Bevollmächtigten bestellt worden.

Verjäherte Verjährungsbestimmungen bei den höheren Schulen

In einer im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt erschienenen Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts ist der bekannte § 18 der Schulordnung für die höheren Lehranstalten vom 21. Juni 1926 folgendermaßen geändert worden:

Schüler, die am Ende des Schuljahres das Lehrziel der Klasse nicht erreicht haben, dürfen nicht in die höhere Klasse versetzt werden. Falls jedoch ein Schüler nur in einem verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgangsfach wenigstens ziemlich gut und im ganzen genommen zur Verjähung reif ist, kann ihm ausnahmsweise die Verjähung gewährt werden. Ausdrücklich wird aber bemerkt, daß die Verjähbarkeit nach Obertertia und nach Obersekunda hierbei besonders eingehend zu prüfen ist. Wenn der Schüler am Ende des folgenden Schuljahres wieder im gleichen oder in einem anderen wissenschaftlichen Unterrichtsfach ungenügend ist, so ist ihm alsdann die Verjähung zu versagen. Auf den möglichen Eintritt dieser Folge ist in dem Jahreszeugnis, das die ungenügende Note enthält, ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen.

Des weiteren ist von großer Bedeutung die neue Bestimmung, daß Schüler der Obersekunda nur dann nach Unterprima versetzt werden, wenn sie am Ende des Schuljahres die Durchschnittsnote drei in den verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgangsfächern erhalten haben. Dabei kann die Note fünf in einem verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgangsfach durch die Note zwei oder eins in einem anderen verbindlichen wissenschaftlichen Lehrgangsfach ausgeglichen werden. Dieser Ausgleich ist nicht möglich, wenn der Schüler schon mit einer ungenügenden Note in einem verbindlichen wissenschaftlichen Fach in die Obersekunda versetzt worden ist. Schüler, die die Durchschnittsnote vier erhalten, wird ein Abgangsausweis über den erfolgreichen Besuch der Obersekunda erteilt.

Was das Ueberpringen eines ganzen Jahreslaufes anbelangt, so kann dieses nur ganz ausnahmsweise und mit besonderer Genehmigung des Unterrichtsministeriums stattfinden. Voraussetzungen dafür ist, daß ein Schüler bei vorzeitigem Abbruch durchsabit, sich und gute Führung besonders ausgezeichnet und sich alle diejenigen Kenntnisse erworben hat, welche für die Klasse, in welcher er aufsteigen will, erforderlich sind.

Oesterreichische Bundesversammlung wählt Präsidenten

Beabsichtigte Volkswahl abgelehnt

Wien, 6. Okt. (Ein. Draht.) Die Christlich-Sozialen haben dem Großdeutschen Antrag auf Uebertragung der Wahl des Bundespräsidenten in die Bundesversammlung zugestimmt. Infolgedessen wird die für den 18. Oktober anberaumte Volkswahl des Bundespräsidenten widerrufen und die Wahl in der nächsten Woche in der Bundesversammlung vorgenommen.

Rücktritt des spanischen Ministerpräsidenten

Madrid, 7. Okt. In der gestrigen Sitzung der Cortes verließ Ministerpräsident Amador Infolae eines Zwischenfalls seinen Platz auf der Ministerbank und nahm in seinem Abgeordnetensessel Platz, wobei er erklärte, er sei zurückgetreten.

Die Angestelltenkammer über die Lahusen-Broschüre

Wir lesen in dem amtlichen Organ der Bremer Angestelltenkammer folgendes Urteil über die Lahusen-Schrift:

„Die Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat ein Heftchen von 16 Seiten herausgegeben, dessen Verfasser Alfred Hauß, der Chefredakteur der Bremer Volkswirtschaft, als langjähriger Kenner der deutschen Wirtschaftsumstände, Taten und Gefinnungsaussagen der leitenden Personen des Nordwolle-Konzerns sehr genau kennt. Das Heftchen ist sehr populär geschrieben, um auch dem einfachsten Staatsbürger zu zeigen, wie hier sogenannte „Führer der Wirtschaft“ es fertig brachten, 240 Millionen Reichsmark, die nicht etwa ihnen gehörten, zu verwirtschaften.“

Die Einblicke in die bremische Wollernwirtschaft, die Aeußerungen verständnisvoller unsozialer Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung und der deutschen Notlage, das alles gibt viel Anlaß zum Nachdenken demjenigen, der bereit ist, darüber nachzudenken, wer wohl der eigentlich schuldige Teil am Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft ist.“

Diese Würdigung durch die Angestelltenkammer zeigt, daß auch in den Kreisen der Handlungshelfer die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems wächst. Die unter dem Titel „Das Panama der Nordwolle“ bereits in über 100 000 Exemplaren verbreitete Broschüre ist zum Preise von 10 Pfennig in unserer Volksfreund-Buchhandlung zu haben.

Volkswirtschaft

Deutschland und die Weltwirtschaft.

Gregor Dienhoff, der sich früher schon durch eine Einführung in die Weltwirtschaft einen Namen geschaffen hat, veröffentlicht soeben im Dieß-Verlag ein Werk „Probleme der deutschen Wirtschaft“ (172 Seiten, gebunden 3,80 M., kartoniert 2,80 M.), das durch die heutige Wirtschaftskrise eine ganz besonders aktuelle Bedeutung hat. Die Beziehungen Deutschlands zur Weltwirtschaft werden in der Schrift vom Standpunkt der internationalen Verflechtung aus behandelt und dazu Fragen wie Handelsbilanz und Zahlungsbilanz, ausländische Anleihen, internationale Schuldentilgung, deutsche Industrie und Landwirtschaft, internationale Warenhandel und seine Zukunft in den Kreis der Erörterungen gezogen. Angesichts der hohen Bedeutung, welche in diesen Tagen der Kenntnis der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zukommt, ist diesem Buch die weiteste Verbreitung zu wünschen, da es nicht nur wirtschaftlich aufklärend wirkt, sondern gleichzeitig die Gefahren, damit, welche der deutschen Volkswirtschaft durch die „nationale Opposition“ der Jugenbergs und Glöckers drohen. Mit Recht macht das Werk folgende Feststellung: „Die von den Sozialisten seit Jahrzehnten und besonders seit der Katastrophe des Weltkrieges propagierten Ideen der internationalen Sozialpolitik und Zusammenarbeit zwischen den Völkern haben sich als der einzig gangbare Weg erwiesen, um die deutsche Wirtschaft aus der Sackgasse herauszuführen und neue Wege des Fortschritts zu weisen. Möge dieses Buch, das die weltwirtschaftliche Gebundenheit Deutschlands darstellt, dazu beitragen, der Arbeiterklasse den Gedanken einzudämmern: Es gibt nur einen Weg aus dem heutigen Elend — das ist die internationale Zusammenarbeit der großen Völker der Welt; der größte Feind des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs ist der bornierte Nationalismus.“

Partei-Nachrichten

Pfarrer Eckert bei der SPD

Der aus der SPD. ausgeschlossene Pfarrer Eckert ist zur SPD. übergetreten. Ein Rundschreiben der Kommunisten feiert ihn als eine „Bomben-Attraktion“ und als eine „große Kanone“, die demnächst in kommunistischen Versammlungen und als Mitglied einer Delegation auch in Rußland zu sehen sein wird. Der Führer der Religiösen Sozialisten wird nunmehr Führer in einer Partei werden, die die Gottlosenpropaganda in schärfstem Maße betreibt. Ueber den Uebertritt Eckerts zur SPD. äußert sich der Chefredakteur der Mannheimer Volksstimme, Genosse Harpuder, aus seiner näheren persönlichen Kenntnis der Persönlichkeit Eckerts u. a. wie folgt:

„Nein: Eckert erprobt nichts, weder sich noch andere. Er macht auch nichts still und für sich, nicht einmal für eine Uebergangszeit. Für ihn wird alles sofort zur großen Szene. Was Wunder da, daß Eckert seinen Uebertritt zur SPD. nicht anders wolle als zu wollen scheint als in einer großen Versammlung, in einer Massenversammlung.“

Und so wird denn in der Mitte dieser Woche dieser feierliche Akt vor der versammelten Mannheimer SPD. feieren und seinem Austritt von Angestellten, die dieses Schauspiel als „große Szene“, ohne daß für sie die Sache irgend eine tiefere Bedeutung hat. Für Eckert hat sie das; denn dies ist doch eben das Tragische an seinem Charakter, daß er auch dort echt ist, wo er für andere unecht wirken mag. . . .

Es besteht danach auch keinerlei Zusammenhang zwischen Eckerts Entschluß, zur SPD. überzutreten, und seinem Ausschluß aus unserer Partei. Denn sowohl das Rundschreiben der Bezirksleitung Baden-Pfalz der SPD. wie auch die Absicht der Versammlung lagen bereits vor, bevor der Ausschluß erfolgt oder gar bekannt geworden war: wir selbst wußten von beidem bereits Freitag bzw. Samstag früh. Sein Uebertritt zur SPD. steht auch in keinem Zusammenhang mit seiner Berliner Reise zur Reichskonferenz der Seidewerker am Sonntag; Eckert war am Samstag in Berlin — man kann sich denken, bei wem auch und zu welchem Zweck, er man dabei auch mit den Seidewerklern getroffen haben, ihre Konferenz hat er jedenfalls nicht abgelehnt, wohl deshalb, weil ja diese vorerst wenigstens mit den Kommunisten nichts gemein haben werden. Sonntag früh war er schon wieder in Mannheim. Es liegt auch auf der offenen Hand, daß solche Wendungen, wie sie sich in Eckert vollzogen haben, nicht von heute auf morgen entstehen, zumal da Eckert selbst bis vor kurzem immer wieder erklärt hat, er werde auf keinen Fall zur SPD. gehen. Und da er obendrein am Beginn der vorigen Woche bei den Kirchenbehörden den Urlaub für seine Ruhlandreise erwirkt hatte, so muß er zumindest damals schon mit der SPD. in irgendwelcher Fühlung gewesen sein.

Daraus ergibt sich das Beträübende und für Eckert Unwärtiges, daß er noch als Mitglied der Sozialdemokratie die Brücke zu den Kommunisten betreten, daß er also — man er selbst im Leben und Entschenden damals noch nicht sich ganz klar gewesen sein — seiner alten Partei gegenüber auf jeden Fall nicht einmal die bei ihm doch wohl als Selbstverständlichkeit voraussetzbare Offenheit und Ehrlichkeit aufgebracht hat. Und er wird sich wohl selbst darüber im Klaren sein, daß, wie immer er dieses sein Vorgehen vor sich selbst und anderen zu rechtfertigen versuchen mag, von hier aus ein ganz neues und gewiß alles andere als gutes Licht auch auf das fällt, was Eckert während der ganzen letzten Wochen und Monate getan hat; wie es sich denn mittlerweile herausgestellt hat, daß auch das kleine Säufchen der engeren Freunde, die heute noch zu Eckert stehen — und er wird bald leben, wie wenige das sind — alle in einem wohl nicht auffälligen Parallelsimus denselben Weg geben zu wollen erklären wie er: nicht, wie es die ganze Zeit über den Anschein hatte, zu Seidewerk, sondern zu Sozialismus.

Im großen gesehen aber kann man heute die ganze Kampagne der Abspaltung in Mannheim als im wesentlichen abgeschlossen betrachten. Sie war in dem Augenblick erledigt, wo die Parteigenossenschaft, auch die, die sich um Eckert geschart hatte, gesehen hat, wohin die Reise geht und welches Spiel mit ihr getrieben worden war. Das will nicht bedeuten — und man wird guttun, sich darüber keiner Täuschung hinzugeben —, daß die, die einen anderen Kurs von unseren Fraktionen wünschen, sich aber jetzt wieder enger um die Partei scharen, etwa ihren politischen Standpunkt aufgegeben hätten; das will lediglich bedeuten, daß sie die Gefahren, die aus einer Spaltung erwachsen müssen, richtig erkennen, und daß sie sich darum eben jede Gefährdung unserer Einheit und Geschlossenheit wenden.

Die Sozialdemokratie wird aller solcher Spaltungsversuche hert werden, die SPD. und Eckert selbst geraten in eine geradezu groteske Situation; die Kommunisten, die bisher sich als absolut freidenkerlich gaben und von ihren Mitglidern unbedingten Austritt aus der Kirche verlangten und erklärten, „Opium sei Gift für das Volk“, bekommen, da Eckert auch weiter Geistlicher bleiben will, nunmehr in ihm ihren Sowjet-Pfarrer und Eckert selbst wird Führer der Religiösen Kommunisten. Welche Wendung durch „Gottes Fügung! Oder sollte in den nächsten Tagen doch noch eine andere Wendung eintreten und Eckert den Weg zurück finden aus dem Labyrinth, in das er sich verloren? Eckert ringt wohl noch immer mit sich, Wohin wird er sich durchringen?“

Wirkungen des Spaltungsverbrechens

Breslau, 7. Okt. (Kundendienst). Die Auswirkungen der Abspaltungsbewegungen auf die Stadtverordnetenfraktion der Breslauer Partei sind bereits erkennbar. Von den bisher 34 sozialdemokratischen Kollegiumsmitgliedern bleiben 18, also mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Partei treu.

Vorsitzender der SPD-Fraktion wird, da der bisherige Vorsitzende sich für Entlassung entschieden hat, der Geschäftsführer des Freiburgererwerbvereins für Mittelfranken, Karl Kleiß. Von den sozialdemokratischen Stadträten ist nur einer, Alois, zu dem Spaltungen übergegangen. Der sozialdemokratische Bürgermeister Mahe bleibt ebenfalls der Sozialdemokratie treu.

Einer, der sehr enttäuscht hat

Der frühere sozialdemokratische preussische Innenminister Professor Dr. Baentia, hat dem Lokalanzeiger mitgeteilt, daß er aus der SPD. und aus der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags ausgeschieden ist.

Kinderfreunde für die Parteieinheit

Probsthella, 6. Okt. (Fig. Draht). Eine hier abgehaltene Reichsführertagung der Kinderfreunde Deutschlands faßte zu den jüngsten Vorgängen innerhalb der Sozialdemokratie einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Kinderfreundebewegung ist eine sozialistische Erziehungsbewegung. Sie will Menschen erziehen, die am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft aktiv teilnehmen. Sie leitet ihre Grundzüge und ihre Maßnahmen nicht von der Taktik der politischen Tagesfragen ab.“

Diese Erkenntnis hat die Haltung der Führerschaft bisher einstimmig bestimmt. Sie muß auch für die Zukunft bestimmend bleiben. Die persönliche Entscheidung des Einzelnen zu den Fragen der Partei und ihrer Taktik wird durch die Anerkennung dieser Grundzüge nicht berührt.

Die Entwicklung unserer Organisation zu einer großen Bewegung ist nur möglich im Rahmen einer einheitlichen Sozialdemokratischen Partei. Die Partei hat unsere Arbeit gefördert und durch entschlossenes Eintreten und in entscheidenden Situationen unterstützt. Es ist unmöglich, außerhalb der Partei oder gar im Gegensatz zu ihr eine zweite umfassende soziale Erziehungsorganisation aufzubauen. Darum ist auch in Zukunft die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei oder der sozialistischen Arbeiterjugend unerlässliche Vorbedingung für die Mitarbeit bei den Kinderfreunden.“

Kleine bad. Chronik

Schwerer Autounfall

Waghäusel, 6. Okt. Am Samstag mittag ereignete sich bei der Kreuzung in der Höhe des Bahnhofs ein folgenschwerer Autounfall. Ein Fabrikant aus Stuttgart fuhr in voller Fahrt auf einen am linken Straßenrand stehenden Kahlbaum. Der Kahlbaum wurde zerbröckelt, Vorderachse und Vorderräder abgebrochen, der Fabrikant durch die Schutzhülse auf den Kahlbaum geschleudert. Hierbei wurde ihm die Kopfhaut von vorn nach hinten regelrecht abgezogen. Der Schwerverletzte wurde sofort nach Seidelberg verbracht. Wie das Unheil entstand, konnte nicht festgestellt werden, da der Fabrikant nicht vernehmungsfähig ist. Der Wagen mußte abgehleppt werden.

Das Auge ausgehöhlet

St. Gallen, 6. Okt. Gestern abend 8.45 Uhr hat ein 29 Jahre alter Gewerbetreibender von answärts in einer Wohnung in der Brombergstraße auf eine lebende 22 Jahre alte Hauswirthin aus einem Walsenrevolver 2 scharfe Schüsse abgegeben, von denen der eine in den Oberhinteren traf, während der andere fehlging. Grund der Tat ist Eifersucht. Die Verletzte

Selbstmord wegen Nervenzerrüttung

Freiburg i. Br., 6. Okt. Ein verheirateter händlicher Beamter von hier hat sich vermutlich wegen Nervenzerrüttung nachmittags in der Küche seiner Wohnung durch Gasvergiftung das Leben genommen.

Eifersuchtstragödie

Freiburg i. Br., 6. Okt. Gestern abend 8.45 Uhr hat ein 29 Jahre alter Gewerbetreibender von answärts in einer Wohnung in der Brombergstraße auf eine lebende 22 Jahre alte Hauswirthin aus einem Walsenrevolver 2 scharfe Schüsse abgegeben, von denen der eine in den Oberhinteren traf, während der andere fehlging. Grund der Tat ist Eifersucht. Die Verletzte

mußte in die Klinik verbracht werden. Lebensgefahr besteht vorerst nicht. Der Täter wurde wegen Mordversuchs und unerlaubten Waffenführens in Haft genommen.

Schwerer Motorradunfall

Mehring, 6. Okt. Eine Kuh des Landwirts Dextle rannte beim Ueberqueren der Straße dem vorüberfahrenden Motorradfahrer Landwirt Bösch von Haußen im Tal und dessen Vater als Beifahrer in das Rad. Die Fahrer stürzten so unglücklich, daß beide verletzt wurden. Der Vater erlitt außer Quetschungen mehrere Rippenbrüche und mußte ins Krankenhaus Mehtring verbracht werden.

Neuhardt (bei Bruchsal). Die Gruppen der diesjährigen Tatabernte sind um 39 bis 41 Hektar weniger verkauft worden. Friedrichstal. In den letzten Tagen wurden hier Gruppen zum Preise von 44 und 45 Hektar pro Zentner verkauft und eingelagert. Auch im benachbarten Södd fanden Verkäufe statt und zwar zu 37 bis 40 Hektar pro Zentner.

Die Firma Jakob-Mannheim, wird am 15. Oktober ihre drei höchsten Filialen schließen. Den Arbeitern ist bereits gekündigt.

Schwenningen. Vermißt wird seit Sonntag der 11 Jahr alte Volksschüler Adam Rudolph aus Sandhausen. Der Junge war auf einem Damenfabrikat nach Kirchweib nach Hohenheim gefahren; in Sandhausen wurde ihm das Rad gestohlen. Es ist anzunehmen, daß der Junge aus Angst vor Strafe nicht mehr nach Hause zurückgekehrt ist. Er dürfte sich jedenfalls noch in der hiesigen Gegend aufhalten.

Binau (bei Eberbach). Gemeinderat und Landwirt E. Geermann stürzte beim Obstreichen von der brechenden Leiter und zog sich eine schwere Gehirnerschütterung und Rippenbrüche zu. Der Verunglückte wurde bei anbrechender Dunkelheit bewußtlos aufgefunden und in bedenklichem Zustande nach Hause gebracht.

Steinsfurt (Amt Sinsheim). Wie jetzt erst bekannt wird, wurde in der Nacht zum 1. Oktober das Rathaus von Einbrechern heimlich betreten. Sie ergraben das Fenster des Grundbuchszimmers und drangen dann durch Erbrechen der Stabliere in den feuergefährlichen Raum, in dem sich die Grundbuchakten befinden. Die Diebe durchstöberten die ganzen Räume und nahmen eine Blechbüchse mit Wertpapieren mit, die am andern Morgen am Ortseingang gegen Rohrbach samt Inhalt wieder vorgefunden wurde. Den Tätern fiel nur ein geringfügiger Geldbetrag in die Hände, den der Ratsschreiber in dem feuergefährlichen Raum niedergelegt hatte.

Die Gebärmereingebühren. Nach einer Verordnung des Innenministers werden mit sofortiger Wirkung folgende Gebühren festgesetzt: Für die Belohnung einer Geburt einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 30 RM., für die Belohnung einer Wehlfingsgeburt einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 40 RM., für die Belohnung einer Frühgeburt einschließlich der erforderlichen Wartung der Wöchnerin 15 RM. Falls die Dienstleistung über 2 Kilometer von der Wohnung der Beamten entfernt vorzunehmen ist, kann diese außerdem für jeden außerhalb des Umkreises von 2 Kilometer zurückgelegten Kilometer eine Gängegebühr von 15 Pf. beanspruchen. — Eine Verordnung des Justizministers betrifft eine Aenderung des Landesjustizkostengesetzes.

Veranstaltungen

Mittwoch, 7. Oktober:
 Badische Landesbühnen: Tempo über Hundert. 20 Uhr.
 Stadigarten: Nachmittagskonzert. 15½—18 Uhr.
 Gloria-Ballet: Opern-Revue. Roy-Ton-Wode. Tonfilm-Groteske. 8 Uhr.
 Ballett-Spektakel: Der Zinker. Ton-Wode. Naturfilm. Puppenballet. Weltenspektakel: Zoukumont (Die Hüte von Vorkum).
 Stadigarten: Trara um Liebe.
 Landesgemeindehalle: Ausstellung „Kampf dem Krebs“. 10—20 Uhr.
 Haus der Gewerbetreibenden: Volkstheater. 12½—14½ Uhr abends.
 Schmiebergplatz: 2. Akt des „Alpombra“, Variete-Revue. 20¼ Uhr. Kinder- und Familienvorstellung. 15¼ Uhr.

Mollobst! Süßer Moll!
 per Liter und Faß

Neue Fässer Reparaturen
 Kelterei u. Bernhard Schneider
 Augartenstraße 26

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
 Geschäftsstelle (nur briefl.) Baselerstr. 32, 5b. IV. Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7½ Uhr.

Schuhe zu Fabrikations-Preisen
 kaufen Sie in allerbesten Qualität in meinen Filialen:

- Gernsbach, Waldbachstraße 9
- Bühl, Ecke Rhein- und Friedrichstraße 1833
- Oberkirch, Hauptstraße 36
- Kehl, Ecke Haupt- und Karlsruher Straße
- J. UTH, Schuhfabrikation, Rastatt, Grün 8
- Eigene Reparaturwerkstatt. — Annahme in allen Filialen

Schön. 3-Z. Wohnung in Bad u. Speisek. auf sofort zu vermieten. Zu erfr. u. 1888 im Volksfreund

Leeres Zimmer
 sep. Eingang, sofort zu vermieten. — Eign. Jähringerstr. 60, Stb. 11.

Manj.-Zimmer,
 möbl. sof. zu vermieten. Karlsruherstr. 40, 11.

Obstverkauf
 Der erste diesjährige Obstmart findet am Donnerstag und Freitag, den 8. und 9. d. Mts. 7444 jeweils vormittags 8 Uhr beginnend im Kaffee Nowack Karlsruhe, Erlingerstraße statt. Das Obst kann auf Wunsch zugestellt werden. Badische Landwirtschaftskammer.

Prima Mostobst
 Zentner 2.50 RM. 1884
Süßer Apfelmoll
 Jeden Tag frische Kelterung
Adolf Mitschels, Kelterei
 Karlsruhe-Rintheim, Tel. 4329

Sag' einer was er will
 ich bleibe
 bei Persil



Da kann mir keiner etwas vormachen. 24 Jahre bin ich Hausfrau. 24 Jahre, also fast ein Vierteljahrhundert, hielt mir Persil die Treue in unachahmlicher Güte, Leistung und Billigkeit. Das will was heißen! Ich brauche Persil für alles, für Weiß-, Woll- und Seidenwäsche und für die hygienische Säuberung hunderter Sachen im Haushalt. Da kommt für mich anderes einfach nicht in Frage!

Washmittel gibt es freilich viel — Ich aber bleibe bei Persil! Persil wäscht billig, rasch u. reiner — Kurzum, Persil ersetzt mir Keiner!

Persil bleibt Persil



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

7. Oktober.

1807 Erstes Dampfschiff Fullons auf dem Sublon. — 1831 Cholerica in Hamburg. — 1848 Kaiser Josef flieht aus Wien. — 1908 Österreich annektiert Bosnien und die Herzegovina. — 1929 MacDonald spricht im Bundesrat von USA.

Die herumlungenden, provozierenden Reichsbannerleute und sonstige Strolche

Beim nationalsozialistischen Gau-tag war u. a. ein Eingreifen der Polizei vor der Festhalle notwendig. Darüber entrüstet sich natürlich der Führer in Karlsruhe, und die nationalsozialistische Propagandaleitung hat auch ein besonderes Schreiben an das Karlsruher Bezirksamt geleitet. In diese Kerbe haut auch ein nationalsozialistisches Blättchen in Furrowagen im Hochschwarzwald. Dieses „nationale Heimatblatt“ war ehemals Sprachrohr der Nationalliberalen und später der Demokraten. Seit einiger Zeit befindet es sich unter der redaktionellen Leitung eines Herrn Leih. Dieser junge Mann war seinerzeit auch beim Hitlerputsch in München beteiligt, was er offen zugegeben hat. Nun propagiert er im Schwarzwälder Tagblatt die nationalsozialistische Politik. Wie dem Blättchen das bekommt, muß abgewartet werden, denn wir glauben nicht, daß sich die Schwarzwälder Bauern in größerer Zahl für den Nationalsozialismus einfangen lassen.

Die politischen Vorgänge in Karlsruhe interessieren ihn natürlich ganz besonders. Er erwähnt die nationalsozialistischen Rundgebungen in der Karlsruher Festhalle und teilt mit, daß sich am Freitagabend eine Anzahl Reichsbannerleute, „und andere Elemente“ auf dem Streifenplan eingeschunden hätten mit der Absicht, einen Mißklang in die nationalsozialistischen Reihen hineinzutragen. Dann aber leistet er sich folgende Unverschämtheit:

„Plicht und Aufgabe der Polizei wäre es gewesen, den Platz von herumlungenden, provozierenden Reichsbannerleuten und sonstigen Strolchen zu säubern, anstatt rücksichtslos in die Menschenmenge hineinzufahren.“

Dazu ist nun zu sagen, daß Reichsbannerleute, wie uns gemeldet wird, überhaupt nicht vor der Festhalle sich aufgestellt haben. Man kann also nicht sprechen von herumlungenden, provozierenden Reichsbannerleuten. Stellt man sie völlig auf eine Stufe mit sonstigen Strolchen, dann zeugt dieses von großer Unverschämtheit und Annäherung der Hitlerleute. Wenn in der gegenwärtigen Zeit die Reichsbannerleute nicht mehr Disziplin hätten, wie die Hitleranhänger, dann wäre das Ende der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gekommen.

Jedenfalls ist der Angriff des Schwarzwälder Tagblatts auf die Karlsruher Reichsbannerleute schlagender Beweis dafür, wie man diese auch nach außen zu discredittieren sucht. Die Reichsbannerleute werden bei geeigneter Gelegenheit die richtige Antwort darauf geben. Wo übrigens die wirklichen Strolche sind, zeigt der Ueberfall am letzten Sonntag auf eine Abteilung der Naturfreundejugend, sowie auf unschuldige Kinder, über welche Fälle ja gestern berichtet wurde.

Der bissige Nazi

Wir berichteten seinerzeit über den Fall, daß der Postkassner Balheim in der Abfindung, ein eiztrianer Nazimann, dem sozialdemokratischen Gegner S. das vordere Glied des rechten Zeigefingers abbiß. Der Ausgangspunkt des Streites war, wie sich aus der Gerichtsverhandlung ergab, eine Verammlung des Vereins Abfindung. In jener Verammlung wurde S. von dem Angeklagten mit Bezug auf seine Kriegsbefähigung schwer beleidigt. Es fiel auch die Drohung, daß er noch mit S. abrechnen werde. Zwei Tage nach der Generalversammlung hat Balheim seine Drohung, mit S. abrechnen, wahr gemacht. Vom Dienst mit dem Fahrrad heimkehrend, traf er auf der Durmersheimer Straße. Erse Bevelnstraße, mit dem Ehepaar S. zusammen, das sich mit einem Kanalgehilfen und dessen Ehefrau auf dem Wege zu einem Vortrag befand. Als sich die beiden wohl vorwiegend aus politischen Gründen feindseligen Nachbarn gegenüberstanden, fiel der Ausdruck: „Du Hund!“ und Balheim stieg vom Rade und ging zum Angriff über. Er packte S. an der Brust, dieser erhob mit der linken Hand den Stock, während er mit der rechten Hand auf Balheim schlug. Sein Zeigefinger zeriet dabei in den Mund des Gegners, der fest aufblühte. Als Balheim los ließ, war das vordere Glied des rechten Zeigefingers nahezu abgebißen. Balheim ist ebenso, wie S. Kriegsbefähigter. S. hat eine Beinverletzung und muß am Stock gehen, während Balheims rechte Hand verletzt und nahezu unbrauchbar ist. Wegen Körperverletzung wurde Balheim am 13. Juni ds. Js. zu 40 M. Geldstrafe verurteilt, während S., der mitangeklagt war, freigesprochen wurde. Gegen dieses Urteil legte Balheim Berufung ein. Die Strafkammer gelangte zu dem Ergebnis, daß das Urteil zu recht ergangen sei und verwarf die Berufung des Angeklagten Balheim.

Das Horoskop und die „Goldgrube“

15. Karlsruher Eheleute betrieben seit 4 1/2 Jahren einen Delphanda del. Vor einiger Zeit sahen die Eheleute nun den Entschluß, denselben zu verkaufen und schrieben ihn in einer Karlsruher Zeitung aus. Es hatten sich eine große Anzahl Interessenten gefunden, die alle die Absicht hatten, sich an diesem „alansenden“ Geschäft zu beteiligen. Neben einem entlassenen Schutzmann, der 1200 Mark geboten haben soll, war noch ein gewisser K. erntlicher Rekrutent. Die Ehefrau ist aber anscheinend nicht auf die Schutzleute zu sprechen und ließ sich dem Jungen K. gegenüber aus, daß es ihr zu schade wäre, und daß sie es dem Schutzmann nicht gönne. Ueberhaupt seien doch die Schutzleute das Schaffen gar nicht gewöhnt. Also K. sollte es erhalten, sogar für 1100 Mark. Wie insbesondere die Ehefrau erklärte, sei das Geschäft eine wahre „Goldgrube“. Da fiel einem das Geld gerade so entgegen. Kein Mensch konnte ahnen, warum die Eheleute das Geschäft da nicht beibehalten! Also wurde das Geschäft perfekt. Schriftliches wurde nichts gemacht, dafür erhielt der Käufer aber die Zusage, daß 400 feste Kunden da sind und daß der Umsatz im Jahr 26 bis 28 Tausend von je 200 Kilogramm darstellt. Also ein glänzender Verdienst. Zur Erhärtung der Angaben wurde noch erklärt, daß in den 4 1/2 Jahren, in denen Del verkauft wurde, am Haus 5000 Mark abbezahlt und man in das Ladengeschäft ebenfalls 5000 Mark geleistet hat. Alles aus dem Delhandeln! Es wurde immer unerklärlicher, warum man so eine „Goldgrube“ verliert.

Der Käufer war ein gutgläubiger Mensch und hat diese Angaben alle geglaubt. Zu seiner Sicherheit ließ er sich, da gerade Welle war, ein Horoskop stellen, das ihm in Wäbe große Glück versprach. Er war anscheinend der Auffassung, daß der Delhandel dieses „Glück“ sei. Dann machte er sich auf, die Kundenschaft zu besuchen. Da ging die Sache los. Statt der 400 Kunden waren es im günstigsten Fall 250, von denen ein Teil sehr heftig protestierten, „mitverkauft“ zu werden, da sie noch niemals Del von dem Ankaufbesitzer besaßen. Nach einiger Zeit merkte K., daß er hies heringefallen war. Statt der 28 Tausend Del waren es im Jahr allerhöchstens 8 bis 9 Tausend. Von einem Verdienst, wie er vorgespiegelt war, konnte keine Rede sein. Er übergab die Sache dem Amtsgericht, das gegen beide Eheleute Anklage wegen Betrug erhob. (Vorstandender Amtsgerichtsrat Stritt.) Bei der Verhandlung wurde der Tatbestand im wesentlichen als erwiesen angesehen. Um eine genaue Ueberprüfung zu erhalten, wäre es notwendig gewesen, eine Umfrage bei allen Familien zu machen, trotzdem konnte die Tatsache des Betruges als erwiesen angesehen werden. Das Urteil lautete für beide Angeklagten auf je 150 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens. Bei der Strafhöhe war auch der Betrag von Bedeutung, über welchen der Strauß geschädigt wurde.

Nach der Zeugenaussage hat insbesondere die Ehefrau „alansend“ gepredigt und dadurch der Käufer eigentlich erst überredet. Der wirtschaftliche Wert des Handels dürfte höchstens halb so groß wie die Kaufsumme sein. In einem Zivilprozeß wird der Geschädigte nun verurteilt, zu retten was zu retten ist und vom Horoskop ein für allemal abzuweichen.

Die Spioniererei der „Badischen Presse“

Der Staatsanzeiger schreibt: In der Badischen Presse Nr. 451 vom 29. September, erschien ein Artikel „Neue Luftspionage durch Kinderballons“. Es wurde dort die Vermutung ausgesprochen, daß es sich bei den aufgefundenen Kinderballons, die mit einer Karte und der Witte, um Rückmeldung nach genauer Ausfüllung ver-

sehener Fragen versehen sind, um die Absicht handle, auf dem Flugweg der Ballons die Richtung der Luftströmungen um zu strategischen Zwecken heraus zu bekommen. Dazu erfahren wir von fachmännischer Seite, daß die höheren Luftschichten täglich in allen Ländern Europas von den verschiedensten Stellen aus — auch von Karlsruhe aus — mit gefüllten und ungefüllten Luftkörpern (Ballons und Reafrirballons, Drachen, Fesselballons und Flugzeugen) erforscht werden. Die Beobachtungsergebnisse werden unmittelbar nach beendeter Luftfahrt international durch Wetterfunk ausgetauscht. Es gibt hier also gar keine Geheimnisse. Die Wetterdienststellen aller Länder können täglich auf Grund höchster funktionierender für die verschiedensten Zeiten und Höhen genaue Stromlinien in der Luft über Europa entwerfen. Von einer Luftspionage kann also keine Rede sein.

2. Anies Original-Varietés-Révue auf dem Schmeibelpf. Das Unternehmen, welches mit einem ganz erstklassigen Programm, wie man es sonst nur in Großstadt-Varietés sieht und auch tatsächlich mit einem solchen Schritt halten kann, gibt nur noch wenige Tage allabendlich 8.15 Uhr Vorstellungen. Von den Besuchern hört man einstimmig nur ein Lob. Ueber 20 faszinierende Glanznummern ziehen während drei Stunden in bunter rascher Folge ohne jede Störung und nur durch eine „große Pause“ unterbrochen, an den in feiernder, atemloser Spannung dahinsitzen Zuschauer vorüber. Höhepunkte des Abends sind unbedeutend Anies Bromenade auf dem Sprungseil, die Balance-Akte, die jeden erzittern lassen, ferner die verwegene Akrobatik, die entzückende Hundedressur und die letzte Nummer „Seine Karoline“. Stürmischer Beifall begleitet jede Nummer, kaum abgeklaut, schmilzt er von neuem an. Laalafolen durchdröhen den Zeitraum, sich an den übertragenden Komplikationen des Anlagers und seiner Partner entzündend. Es sind Stunden der Unterhaltung, der Stimmung und des Humors, es sind Stunden, die alle Sorgen des Alltags für kurze Zeit vergessen machen. Wir empfehlen einen Besuch und wünschen, daß die nächsten Vorstellungen einen regen Besuch aufweisen. Am Abend 8.15 Uhr findet heute W. K. K. 3.30 Uhr nachmittags eine Kinder- und Familienvorstellung statt. In dieser Vorstellung gelten erta niedrige Preise für Kinder von 20 Pf. an und für Erwachsene von 30 Pf. an. (S. Inerog)

Arbeitsgericht Karlsruhe

Eine unvorsichtige Hausangestellte

Eine Hausangestellte aus Durlach wurde durch das Martbabaus dem Bäckermeister K. in Durlach angeworben. Die Ehefrau verhandelte mit dem Mädchen über die Einstellung und sollte nach Auffassung der Hausangestellten der Termin des Dienstbeginns der 1. September d. J. sein. Als sich die Hausangestellte an diesem Termin zum Dienst meldete, wurde ihr die Mitteilung, man hätte von ihrer Einstellung Abstand genommen, es sei eine Verwandte der Dienstherrin auf ihre Stelle getreten. Das Mädchen klagte nunmehr beim Arbeitsgericht auf Zahlung eines Monatslohnes in Höhe von 25 M. und Verleugnungselb für den Monat September. Die Klägerin trug vor, daß sie am 24. August von der Frau des Beklagten zum 1. September eingestellt worden sei. Es sei ein Lohn in Höhe von 25 M. beiderseitig festgelegt worden. Auch alle sonstigen Dinge, die mit dem Dienste verbunden seien, sind durchgesprochen worden.

Allerdings hat die Frau des Beklagten beim Weggehen der Klägerin betont, daß die Klägerin am darauffolgenden Donnerstag noch schriftlich Bescheid bekomme. Der Arbeitsvertrag sei dadurch mündlich abgeschlossen.

Die Frau (sowohl wie die Tochter des Beklagten bestritten entschieden die Ausführungen der Klägerin. Es sei richtig, daß sie gefragt wurde, welchen Lohn sie beantrage. Richtig sei auch, daß man die Frage an sie richtete, zu welchem Termin sie eintreten könne. Da die Klägerin die erste war, die sich für diese Stelle meldete, hat man vorsichtiger Weise gesagt, sie bestimme bis spätestens Donnerstag schriftlichen Bescheid. Von einer endgültigen Einstellung der Klägerin kann jedoch keine Rede sein. Da hier Behauptungen gegen Behauptungen stehen, beschloß das Gericht, die Frau des Beklagten zu verurteilen. Die Vermittlungen des Vorsitzenden, die Angelegenheit durch Vergleich aus der Welt zu schaffen, waren ergebnislos. Nachdem die Ehefrau des Beklagten als Zeugin ihre Aussagen beibrachte, wurde die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Dieser Vorgang zeigt zur Evidenz, wie notwendig es ist, daß Hausangestellte die Einstellungsvereinbarungen schriftlich tätigen oder sich aber ein logenantes Handgeld geben lassen. Dann sind sie stets in der Lage, vor dem Arbeitsgericht ihre Klage durch Beweisführung zu stützen.

Welche Betriebe unterliegen der Verordnung für Betriebsstilllegungen?

Sechs bei der Rheinischen Elektrizitäts-Allianzgesellschaft beschäftigte Schlosser und Monteur klagen gegen die Firma auf Zahlung des Lohnes auf die Dauer von 4 Wochen. Die Kläger tragen vor, daß die Firma allen Arbeitern zu verschiedenen Zeiten gefündigt und entlassen habe. Mit dem 31. März d. J., wurde der Betrieb gänzlich stillgelegt. Der Betrieb falle unter die Verordnung der Betriebsstilllegungen und hätte die Firma die Stilllegung ihres Betriebes bei den zuständigen Stellen Fristenrecht anmelden müssen. Die Voraussetzungen von demselben war, daß den Arbeitern mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen zu kündigen gewesen wäre. Ihr Klageantrag an das Arbeitsgericht forderte an die Kläger den Betrag von 3421.60 M., wovon allerdings für Grund des § 113 ArbG. 1901.77 M. an das Arbeitsamt für bereits bezogene Erwerbslosenunterstützung zurückzuführen sei.

Die Beklagte bestritt, daß die in Karlsruhe errichtete Zweigstelle als ein Betrieb gelte, der unter die Verordnung für Betriebsstilllegungen falle. Die Art wie der Betrieb geführt wurde, erfüllte nicht die Voraussetzungen hierzu. Trotzdem habe die Beklagte nachträglich die Stilllegung beantragt. Mit dem anhängig gemachten Zivilprozeß sei parallel eine Strafverfolgung gegen den Direktor der Werke bei der Staatsanwaltschaft geläufig. Das Schöffengericht kam jedoch zu einem Freispruch. Richtig ist, daß das Badische Gewerbeaufsichtsamt in seinem Gutachten zum Ausdruck brachte, daß der Karlsruher Betrieb unter die Verordnung für Betriebsstilllegungen falle. Das Gutachten sei jedoch auf einseitige Information erlassen worden. Sie beantragte Klageabweisung, gestützt auf den vom Karlsruher Schöffengericht ergangenen Freispruch gegen den Direktor ihres Werkes.

Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende, daß das Arbeitsgericht, ebenfalls gestützt auf den Ausgang der Strafverfolgung gegen den Direktor des Werkes, sich dem anschließende und somit Abweisung der Klage erlösen müsse.

Da Revision in diesem Falle zulässig ist, werden die Kläger davon Gebrauch machen. Das Urteil des Arbeitsgerichts wird bestimmt von den Revisionsinstanzen aufgehoben.

Mausfellen als Lohnersatz

Das traurige Los der Hausangestellten offenbart sich auch bei der Klage einer Hausangestellten gegen den Kaufmann Dragan hier. Klägerin war bei dem Beklagten vom März bis 15. September 1931 gegen eine Tagesvergütung von 1.50 M. beschäftigt. Da dem Beklagten auch noch die Hausordnung über den Verkauf einer

christlichen Beigemeinde unterstellt ist, wurde bei der Einstellung vereinbart, daß die Reinigung des Beklautes besonders vergütet werde. Dragan hat von der Beigemeinschaft für das Reinigen des Saales 10 M. pro Monat erhalten. Die Klägerin erhielt für diese Arbeit von dem Beklagten keinen roten Heller. Die Klägerin wandte sich persönlich an die Inhaber des Beklautes um für ihre Arbeit eine Vergütung zu erhalten. Beim Austrag der Beigemeinde wurde Beklagter von dem Vertreter des Saales der Klägerin angewiesen, wobei ihm vorgehalten wurde, daß er doch jeden Monat den Betrag für das Reinigen abgehoben habe. Aus Verzet darüber, daß er jetzt der Klamierte war, schlug er in Gegenwart des Vertreters der Beigemeinde der Klägerin ins Gesicht. Diese rube und brutale Art der „Auszahlung“ für geleistete Arbeit gab der Klägerin das Recht, die Stelle fristlos aufzugeben.

Sie erhob Klage beim Arbeitsgericht auf rückständigen Lohn und der Vergütungsumme für das Reinigen des Beklautes. Da die Inhaber des Beklautes nicht wollten, daß auch der Teil der Klage vor dem Arbeitsgericht ausgetragen wird, hat die Klägerin die ihr zustehende Summe für das Reinigen des Beklautes von dem Saalinhaber persönlich erhalten. Im übrigen wurde die Klage durch Vergleich erledigt. Der Beklaute zahlte an die Klägerin 32 M. und stellt der Klägerin ein Zeugnis aus.

Der Austrag dieser Klage hat wieder bewiesen, welsch trauriges Los den Hausangestellten beschiden ist. Nicht nur ausgedeutet bis auf das Blut werden diese armen Geschöpfe, man mißhandelt sie nach und betrügt sie um ihre armer verdiente Grönden. Aber den Kontrakt zwischen der übernehmlichen Beigemeinschaft des Beklautes und der Klägerin festhalten konnte, mußte sich ankümmern über die rote Tat. Eine traktierende Natur des Beklautes — ein arties stielches und von der ökonomischen Seite armes Geschöpf, die Klägerin.

Wenn finden die Hausangestellten den Weg zu ihrer Organisation, um in ihrem traurigen Dasein und ihrem Kampf um ihre Lebenseristenz, eine Hilfe und treue Berater zu haben?

Freistlose Entlassung wegen des bekannten Gruges des Götz von Berlichingen

Der Nationalsozialist Wörner, der beim Städt. Gaswerk-Ost beschäftigt war, lebt mit seiner Familie seit geraumer Zeit in Unfrieden, und ist des öfteren seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht nachgekommen. Er wollte sich anscheinend den Verpflichtungen gegen seine Familie gegenüber im wesentlichen entziehen, indem er gänzlich aus Karlsruhe verschwinden wollte. Am 15. März ds. Js. schrieben und verlangte von der Stadtverwaltung 2000 M. Abfindung, die ihm den Umständen nach nicht ausstehen werden konnten, da bombastischer angenommen werden mußte, daß dann die Familie der als gemeiner Fürjörge anheim fallen würde. Während der Behandlung dieser Angelegenheit ließ das in Frage kommende Desernat den Wörner durch seine Dienststelle einbestellen. Den in Frage kommenden Beamten, gab er zur Antwort: „Die da oben können mich am U...e ledern“. Als man trotzdem auf seine Einvernahme drängte, meldete er sich alsdann bei dem zuständigen Desernat. Stadtmann Laubach hatte Mitleid mit Wörner, trotz seinem disziplinwidrigen Verhalten und wollte sich beim Bürgermeisteramt für ihn verwenden. Als ihm vorgehalten wurde, daß sein Verhalten im Werk einem Beamten gegenüber, der doch nur seine Pflicht erfüllte, in so höchst unangemessener Weise erfolgte, erklärte er Herrn Stadtmann Laubach, der nur sein Bestes wollte, auch Sie können mich am U...e ledern. Hierauf erfolgte auf Grund des § 123 der Gewerbeordnung seine freistlose Entlassung. Gegen diese Form der Entlassung strengte Wörner Klage beim Arbeitsgericht Karlsruhe an.

Wörner verurteilte nun den altbekannten Trias der Nazi anzuwenden, er habe mit dem Ausbruch, die da oben können mich am U...e ledern, seine Frau gemeint. Herrn Laubach gegenüber habe er bestimmt den Ausbruch nicht gebraucht. Das Gericht schenkte diesem Ableugnungsversuch keinen Glauben. Es erkannte vielmehr durch die überzeugende Darlegungen des Vertreters der Beklagten, Herr Stadtmann Laubach, ein höchst unbilliges Verhalten Wörners an, das mit Recht seine freistlose Entlassung zur Folge hatte und wies diesen seinen Herrn mit seiner Klage ab unter Aufrechterlegung der entlassenen Kosten.

Diese Entscheidung des Arbeitsgerichts halten wir für begründet. Wenn auch kein Mensch einer solchen Einlabung Folge zu leisten braucht, so ist doch das Verhalten dieses Nazis einem edelherzigen Menschen gegenüber, wie aus der Handlung des Herrn Stadtmann Laubach gegenüber diesem freien Patron erfolgt ist, ein höchst unbilliges Verhalten. Man kann nur mitbedenke Umstände gelten lassen mit Rücksicht darauf, daß die Handlungsweise des Nazi Wörner ihre Auslösung findet aus dem rüden und Sauberdeuten, wie man ihn tagtäglich im Organ der Nazis, dem Führer feststellen kann.

Kampf dem Krebs

Jedes Jahr ließen sich zehntausende vom Krebstode retten, wenn nur die Möglichkeiten, die den Ärzten und Krebsinstituten zur Verfügung stehen, schon angemessen würden.

Es geht nun darum, an wenigen Zentralstellen auf einer zentralen Anstalt zu schaffen und zu unterhalten und ihnen die geeigneten Erfrankten zuzuführen.

Die nächste Aufgabe der Krebsinstitute ist nicht mehr nur die Erforschung des Krebses, nicht mehr die Theorie hat jetzt das erste Wort zu sprechen, sondern die Praxis, die Heilung der Krebskrankheit mit den Hilfsmitteln, die jetzt schon zur Verfügung stehen.

Es ist eine Lichtbildreihe mit einem Vortrag über den Krebs geschaffen worden, es wurde ein Merkblatt herausgegeben, es ist ein Film hergestellt worden über den Krebs und zu diesem Film wieder ein Lichtbildernotizbuch.

Wanderausstellung und Film „Kampf dem Krebs“ werden vom 7. bis 25. Oktober in Karlsruhe in der Badischen Landesgemerschule, Karl-Friedrich-Str. 17, gezeigt.

(*) Fleischpreisabfall. Dem Rückgang der Einkaufspreise folgend, läßt die hiesige Metzgerei ab Mittwoch, 7. d. M., einen zum Teil nicht unbedeutenden Abfall der Preise für Rind- und Kalbfleisch...

Veranstaltungen

(*) Promenadenkonzert. Bei günstiger Witterung veranstaltet die Volkstheaterkapelle - unter Leitung von Obermusikmeister Heiß - am Mittwoch, 7. Oktober, von 17 bis 18 Uhr im Stadtteil Mühlburg...

Lichtspielhäuser

Heute Mittwoch findet bei mit Spannung erwarteter Premiere des ersten deutschen Ton- und Sprech-Kinofilms „Donau und Rhein“...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der hohe Druck hat sich weiter nach Südosteuropa zurückgezogen, so daß die bei den Härder-Zonen liegende Depression auch in unser Gebiet maritime Luft vorziehen wird.

Wasserstand des Rheins

Obel 60; Waldshut 254, Gef. 8; Schusterinsel 119, Gef. 6; Rehl 263, Gef. 6; Maxau 431, Gef. 2; Mannheim 322, Gef. 1; Caub 219 Gef. 1,5 Meter.

Vereinsanzeigen

So ist 4 Jellen 60 Pf. bis 10 Jellen 80 Pf. bis 15 Jellen 100 Pf. bis 20 Jellen 120 Pf. bis 25 Jellen 140 Pf. bis 30 Jellen 160 Pf. bis 35 Jellen 180 Pf. bis 40 Jellen 200 Pf. bis 45 Jellen 220 Pf. bis 50 Jellen 240 Pf. bis 55 Jellen 260 Pf. bis 60 Jellen 280 Pf. bis 65 Jellen 300 Pf. bis 70 Jellen 320 Pf. bis 75 Jellen 340 Pf. bis 80 Jellen 360 Pf. bis 85 Jellen 380 Pf. bis 90 Jellen 400 Pf. bis 95 Jellen 420 Pf. bis 100 Jellen 440 Pf.

Karlsruhe. Volkskademie. Heute abend 7.30 Uhr Verwallungs-Konferenz im „Volksbau“.

Naturfreund Mühlburg. Heute Zusammenkunft. 7.40

Chetredakteur: Georg Schöppin. Verantwortlich: Volpert, Friedrich, Baden, Volkskademie, aus aller Welt, letzte Nachrichten: E. Straneda, L. Umbach, Gemeindefachliche Nachrichten, Partei, kleine lokale Chronik, aus Mittelbaden, Durlach, Geschäftsleitung, Neuigkeiten.

Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindefachliche, soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Ausflüge: Josef Geller, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsdruckerei „Volksfreund“ G.m.b.H., Karlsruhe.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Der für heute, Mittwoch, 7. Oktober, festgesetzte Vortrag des Genossen Farrer Kappes in der Frauenversammlung wurde wegen eines plötzlichen Todesfalles in der Familie des Genossen Kappes auf Mittwoch, den 21. Oktober, verschoben werden.

S.M. Heute abend um 8 Uhr Mitgliederversammlung im Heim. Pünktliches und volles zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Sozialdemokratische Frauenaktion. Auf die heute abend 8 Uhr im Handarbeitsaal der Lehnstraße stattfindende Versammlung in der Gen. Farrer Kappes über: „Erziehung zum sozialistischen Menschen“ ist, machen wir die Genossinnen und Genossen, sowie Volksfreundinnen nochmals aufmerksam.

Rinderfreunde. Neue Fellen: Mittwoch, 7. Oktober, Abends 7/8 Uhr Monatsversammlung. - Neue Fellen: Samstag, 10. Oktober, um 3 Uhr im dort. Wir lassen Draden stellen. Jeder Restfall bringt einen Draht, wir wollen sehen, wenn keiner am nächsten Freitag. - Spielmannszug: Trommler und Pfeifer Dienstag und Freitag, jeweils um 6 Uhr im dort. - Versammlung am Samstag, 10. Okt., abends 6 Uhr - Seltenerstellung am Samstag, 10. Oktober, abends 8 Uhr.

Der Geschäftsbericht des Konsumvereins für das abgelaufene Geschäftsjahr (1. 7. 1930 bis 30. 6. 1931) liegt vor, und es ist von hohem Interesse und ein erhellendes Zeugnis genossenschaftlicher Treue der Mitglieder, wenn der Vorstand eine Umsatzerhöhung um nahezu 15 Prozent gegenüber dem letzten Geschäftsjahr feststellen kann.

Der Durchschnittspreis der Waren im Geschäftsjahr 1930/31 betrug 217,73 Mark in 1929/30 nur 256,92 Mark in 1930/31, eine bemerkenswerte Festhaltung trotz des aus oben angeführten Gründen erklärlichen Rückgangs der Kaufkraft eines Großteils der Mitglieder.

Die durchschnittliche Kaufkraft der Mitglieder im Geschäftsjahr 1930/31 betrug 217,73 Mark, während im Geschäftsjahr 1929/30 nur 256,92 Mark betragen habe, das also im Durlacher Konsumverein der Durchschnitt noch erheblich besser werden dürfte.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Ruppurt (Dammertod-Gartenstadt-Ruppurt)

Am Mittwoch, 7. Oktober, 20 Uhr, findet eine Parteiverammlung im „Jägerhaus“ statt. Ein sachkundiger Redner, der schon wiederholt bei uns gesprochen hat, hält einen Vortrag, Direktor Gen. Wilhelm spricht über „Würger und Bauern im Loh der Absolutismus“.

Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Lehrer Mittwoch, 7. Oktober, abends 17 Uhr, findet unsere Oktober-Zusammenkunft im Volkshaus statt. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Bezirk Südstadt Mittwoch, den 7. Oktober, in der „Deutschen Eiche“, Ungarstr. 10, um 20 Uhr, Bezirksversammlung mit Vortrag von Professor Kobach über: „Frankreich, England und wir.“

Bezirk Grünwinkel mit Gartenstadt und Altbiedlung Öffentliche Frauenversammlung im Vereinsheim des Arbeiter-Fußballvereins Grünwinkel mit Vortrag des Genossen Dr. Landauer. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Freier Hausfrauenbund Unsere nächste Zusammenkunft findet am Donnerstag, 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Kaffee Stübinger statt. Tagesordnung: Vortrag von Gen. Direktor Wilhelm über „Das kulturelle Gesicht des Sozialismus“. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

Rinderfreunde Junge Fellen (M): Mittwoch 7/8-1/2 Uhr in der Zulfischule. - Neue Fellen (M): Mittwoch 7/8-1/2 Uhr in der Zulfischule. - Neue Fellen (M): Samstag 10/11-1/2 Uhr in der Zulfischule.

Ich bringe Ihnen Glück! Bestellen Sie sofort ein LOS der Preuß.-Südd. Staatslotterie Ziehung 1. Kl. am 21. u. 22. Oktober bei einem Staat. Lotterie-Einnehmer oder bei der Preussisch-Süddeutschen Lotteriebank Berlin W 8, Friedrichstraße 186 1/2 Los 5 RM, 1/4 10 RM, 1/20 20 RM, 1/40 40 RM

Letzte Nachrichten

Kammerauslösung in Frankreich?

Paris, 7. Okt. (Funkdienst.) Der radikale Abgeordnete Montignou kündigt an, daß er in der Kammer eine Entschließung einbringen werde, die die Regierung auffordert, dem Senat die Auflösung der Kammer vorzuschlagen und im Dezember Neuwahlen zu veranstalten.

So sehen die Anti-Marxisten aus

Braunschweig, 6. Okt. (Ein. Drabt.) In Braunschweig ist Kaufmann Bernhard Köhler verhaftet worden. Köhler hat in seiner Eigenschaft als Vorstandsmittglied der Bauo. Vereinigung Baugewerbetreibender e.G.m.b.H. 160000 Mark unterschlagen. Die Bauo. gehört ebenso wie die Wohn- und Zweigbau e.G.m.b.H., deren Geschäftsführer Schall 40000 Mark unterschlagen hat, zu den von dem deutschnationalen Finanzminister Dr. Kuehnenthal bevorzugten privaten Baugesellschaften.

Das Flugzeug über Rom

Paris, 6. Okt. (Funkdienst.) Wie einige Pariser Zeitungen aus Rom melden, ist das Flugzeug, das am Samstag über Rom antifaunistische Flugblätter abgeworfen hat, ein deutscher Apparat gewesen, der in Marseille an einen Engländer abgeliefert worden ist.

Verhaftungen wegen der Erschießung des Nationalsozialisten Garthe

Essen, 6. Okt. Außer den bisher wegen der Erschießung des Nationalsozialisten Garthe verhafteten Kommunisten sind vier weitere Kommunisten festgenommen worden. In der Wohnung eines in der Nähe des Tatortes wohnenden kommunistischen Funktionärs, der sich unter den Verhafteten befindet, wurden eine Armeepistole 08 und einige Revolver gefunden.

Aus dem Gerichtssaal

Den Schwager erschossen, die Schwester durch Schüsse verletzt

Freiburg, 5. Okt. Zwischen dem verheirateten Landwirt August Littin in Eichtetten am Kaiserstuhl und seinem Schwager Wilhelm Meier von dort hatte sich ein äußerst gespanntes Verhältnis entwickelt, das von Zeit zu Zeit zu Streitigkeiten und gegenseitigen Bedrohungen führte. Als Littin wegen 90 M., die er seiner Mutter schuldete, gerichtlich betriebe wurde, verriet sich sein Groll gegen den Schwager, weil er annahm, der Schwager habe auch in diesem Fall die Mutter gegen ihn aufgebracht.

Was ein Häkchen werden will

Im Karlsruhe, 6. Oktober. Der 20 Jahre alte Mechaniker Otto B. aus Karlsruhe verließ infolge „Arads“ mit seinem Vater und weil ihm dort nicht alles passte, das Elternhaus und mietete sich bei einer 73 Jahre alten Bahnarbeiterwitwe in der Markgrafenstraße ein Zimmer, das von der Fürsorge besetzt wurde.

Auskünfte der Redaktion

Baden-Baden. Das Herrichten der Zimmeröfen, wenn sie ausgebrannt sind, ist nach dem Bürgerl. Gebetsbuch Sache des Hausbesitzers. Ist im Mietvertrag jedoch das Gegenteil bestimmt, so muß diese Bestimmung eingehalten werden, wenn der Hausbesitzer darauf besteht.

1931

Advertisement for the Prussian-Southern State Lottery, featuring a drawing of a person and text: 'Ich bringe Ihnen Glück! Bestellen Sie sofort ein LOS der Preuß.-Südd. Staatslotterie Ziehung 1. Kl. am 21. u. 22. Oktober'.

